

# Europas Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert





KONFERENZ AM 19. MÄRZ 2007

---

**Europas  
Außen- und Sicherheitspolitik  
im 21. Jahrhundert**

# Inhalt

Vorwort	3
<b>Begrüßung und Eröffnung der Konferenz</b>	
Anke Fuchs	4
<b>Europas strategische Interessen</b>	
Egon Bahr	6
<b>Panel 1:</b>	
<b>„Multilateralismus, Multipolarität und Unilateralismus: Wohin steuert die Welt im 21. Jahrhundert?“</b>	14
<b>Panel 2:</b>	
<b>„Europa auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur“</b>	18
<b>Panel 3:</b>	
<b>„Zum europäisch/transatlantischen Umgang mit neuen Macht- und Konfliktkonstellationen“</b>	22
<b>Rede des Vorsitzenden der SPD</b>	
Kurt Beck	26

ISBN: 978-3-89892-

Herausgeber: Friedrich-Ebert-Stiftung  
Michael Meier  
Hiroshimastraße 17  
10785 Berlin

Redaktion: Olaf Dahlmann

Layout: Pellens Kommunikationsdesign GmbH

Fotos: Reiner Zensen

Druck: bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

Printed in Germany, 2007

## Vorwort

Die Organisation und Planung einer Veranstaltung hat grundsätzlich auch mit der medialen Konjunktur von Themen zu kämpfen, die man nicht beeinflussen, aber die sich schnell ändern kann. Die zur Zeit der Konferenz in Politik und Medien geführte Diskussion um die Stationierung von Teilen eines Raketenabwehrsystems durch die USA in Tschechien und Polen sowie das iranische Nuklearprogramm waren solche Themen. Sie verhalfen dem eigentlichen Konferenzthema am 19. März, der Außen- und Sicherheitspolitik Europas im 21. Jahrhundert, zu einer besonderen Aufmerksamkeit.

Im Zeichen der deutschen Doppelpräsidentschaft von Europäischer Union und G8 stellte sich die Konferenz am 19. März der Frage, welchen Beitrag Deutschland in Europa zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert leisten kann.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung standen drei unterschiedlich besetzte Podiumsdiskussionen, die die eingangs von Egon Bahr formulierten Thesen aufgriffen und dabei die Rolle internationaler Ordnungssysteme, Europas Sicherheitsarchitektur und die transatlantischen Beziehungen beleuchteten.

Tief greifende politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umbrüche sowie der Aufstieg neuer Mächte und neue Konfliktstrukturen stellen internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen und die NATO vor grundlegende Fragen.

In dieser von vielfältiger Unsicherheit gekennzeichneten Lage kann Europa nicht autark als Insel des Wohlstands und des Friedens beste-

hen. Auch Europa muss sich globalen Sicherheitsfragen stellen und die Weiterentwicklung der internationalen Ordnung mitgestalten. Europa feierte am 25. März den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. In den fünf Jahrzehnten ihrer Geschichte hat die EU auf historisch einzigartige Weise dazu beigetragen, Kriege und Grenzen in Europa zu überwinden.

Die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen das Friedensprojekt Europa heute steht, reichen jedoch weit über den Kontinent hinaus und können nur gemeinsam und mit Partnern – insbesondere mit den USA – bewältigt werden.

Mit Egon Bahr, der kurz zuvor seinen 85. Geburtstag feierte, gelang es der Friedrich-Ebert-Stiftung, einen der sicherlich bedeutendsten Außenpolitiker sowohl der Bundesrepublik als auch der deutschen Sozialdemokratie für diese Veranstaltung zu gewinnen. Schon zu Beginn der 1990er Jahre befürwortete Egon Bahr Kampfeinsätze der Bundeswehr im internationalen Rahmen unter UNO-Kommando und thematisierte frühzeitig die Osterweiterung der Europäischen Union. Auf diese Weise war er der politischen Entwicklung seiner Zeit stets einen Schritt voraus. Umso interessanter war es daher, im Rahmen der Konferenz Egon Bahrs Positionierung und seinen aufschlussreichen Anmerkungen zu den jüngsten Entwicklungen und den drängendsten Aufgaben im Bereich der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie zu den oben genannten aktuellen Problematiken zu folgen. Andererseits bot die Konferenz auch ein ideales Forum für die hochkarätigen Referenten sich zu dieser besonderen Frage zu positionieren.



Anke Fuchs  
Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung

## Eröffnung der Konferenz

### „Europas Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“ Berlin, 19. März 2007

Sehr verehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestages,  
Exzellenzen,  
lieber Egon Bahr,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

im Namen des Vorstandes der Friedrich-Ebert-Stiftung freue ich mich ganz außerordentlich, Sie zu unserer Konferenz „Europas Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“ begrüßen zu dürfen.

Ganz besonders freue ich mich, unter uns Egon Bahr begrüßen zu können, der gestern seinen 85. Geburtstag feiern konnte. Ich möchte Dir, lieber Egon, hierzu nochmals meine allerherzlichsten Glückwünsche auch im Namen der gesamten Friedrich Ebert Stiftung aussprechen.

Wir haben Dir wirklich viel zu verdanken. Du hast wie nur wenige Politiker ganz entscheidend deutsche Nachkriegspolitik begleitet und mitgestaltet und bist über die Grenzen unseres Landes hinaus als eine große politische Führungspersonlichkeit von internationaler Bedeutung bekannt. Untrennbar mit Deinem Namen ist der Begriff des Architekten der neuen Ostpolitik an der Seite von Willy Brandt verbunden. Das von Dir bereits 1963 geprägte Prinzip vom „Wandel durch Annäherung“ wurde schließlich die Blaupause für eine Politik des friedlichen Aus-

gleichs – Moskauer Vertrag, Transitabkommen, Grundlagenvertrag sind Marksteine dieser Politik.

Mit dieser Strategie der Beendigung des Kalten Krieges hast Du entscheidend dazu beigetragen, die Versöhnung Deutschlands mit seinen Nachbarn östlich von Oder und Neiße in Gang zu setzen, das Bild von Deutschland in Europa und in der Welt zu verändern und schließlich den Weg zu bereiten für die Einheit Deutschlands.

Du hast als Minister für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Kabinett von Helmut Schmidt als einer der ersten den Stellenwert von Entwicklungspolitik als Faktor weltweiter Friedenspolitik erkannt. Ein Ansatz, der heute mehr denn je Bedeutung für Europas Außen- und Sicherheitspolitik entfaltet.

Du hast aber auch wichtige Funktionen in unserer Partei wahrgenommen. So warst Du Mitglied des Präsidiums und vor allem Bundesgeschäftsführer der SPD. Ein ganz wichtiges und besonderes Amt. Wir wissen beide, wovon wir reden.

Aber auch Dein Engagement im Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung verdient besondere Erwähnung. Neben Deinen wichtigen Beiträgen in den Bereichen Ost-West-Politik, Entwicklungszusammenarbeit und Deutschlandpolitik möchte ich exemplarisch an die Eröffnung unseres ersten osteuropäischen Büros in Moskau erinnern. Als

gebürtigem Thüringer, aufgewachsen in Torgau in Sachsen, lag Dir die politische Bildungsarbeit in den neuen Bundesländern besonders am Herzen.

Lieber Egon, meine Damen und Herren, wir sind sehr froh, heute an Deinen Gedanken zur zukünftigen Außen- und Sicherheitspolitik Europas teilhaben zu können. Vor fünf Jahren hast Du anlässlich eines Gesprächsabends mit Günter Gaus in der FES schon einmal über Deutschland in Europa, über Europas Rolle in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik gesprochen. Damals sagtest du – ich zitiere:

*„Die Europäer sind wegen ihrer Schwäche zu etwas instande, was den Amerikanern wegen ihrer Stärke nicht so leicht fällt, nämlich Prävention, Diplomatie, Verhandlungen, Verträge, Bindungen, Vereinbarungen zu machen. Den Amerikanern bleibt ihre Stärke!“*

Das war im Jahr 2002, wenige Monate nach den Anschlägen in den USA und in einer Zeit, in der die Europäer sich sehr schwer damit taten, eine gemeinsame Strategie für ihre Außen- und Sicherheitspolitik zu finden. Wir wissen um die dann folgenden Entwicklungen: Irakkrieg und die Spaltung Europas in der Frage eines Engagements im Irak. Selten war die Schwäche gemeinsamer europäischer Außen- und Sicherheitspolitik so deutlich zu erkennen wie zu dieser Zeit.

Meine Damen und Herren,

die Diskussion um die Zukunft des Verfassungsvertrages voranzutreiben ist bekanntermaßen eine der höchsten Prioritäten der deutschen Präsidentschaft.

Zur Halbzeit der Deutschen Ratspräsidentschaft und am Vorabend des 50. Jahrestages der Römischen Verträge bringt die heutige Veranstaltung hohen außen- und sicherheitspolitischen Sachverstand zusammen, um gemeinsam nach Wegen, Ideen und Konzepten für die Welt von morgen zu suchen. Wir wollen die Beiträge diskutieren, die Deutschland in Europa zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik leisten kann.

In den Mittelpunkt der Diskussionen am heutigen Tag haben wir drei Themen gestellt:

1. Multilateralismus, Multipolarität und Unilateralismus: Wohin steuert die Welt im 21. Jahrhundert?
2. Europa auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur
3. Zum europäisch/ transatlantischen Umgang mit neuen Macht- und Konfliktkonstellationen

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft hat sich viel vorgenommen, die Ziele sind formuliert und erste Schritte gegangen.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung bemüht sich in Europa seit Jahrzehnten, Dialoge zwischen den Völkern zu fördern und das Verständnis von Europa zu verbessern. Auch das hat mit Egon Bahr zu tun.

Unsere Büros in Europa haben ein enges Netz an Kontakten und Verbindungen geknüpft, um „das Gespräch in schwieriger Zeit zu ermöglichen“, wie Gernot Erler einmal treffend unsere Arbeit charakterisiert hat. Allein im Rahmen der Ratspräsidentschaft haben wir 115 Veranstaltungen in fast allen europäischen Ländern geplant und inzwischen durchgeführt.

Der Themenbereich Außen- und Sicherheitspolitik ist seit drei Jahren einer der zwei Schwerpunkte unserer europapolitischen Arbeit. Daneben arbeiten wir getreu unserer Ziele und Ideale in unserem zweiten Schwerpunkt, dem Europäischen Sozialmodell.

Anspruch der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung war und ist es, als Kombination aus „think und do tank“, als komplementäres Instrument zur staatlichen Europa- und Außenpolitik, die Rolle Deutschlands in den internationalen Beziehungen aktiv zu begleiten.

Lieber Egon, ich glaube, das ist ganz in Deinem Sinne.

Meine Damen und Herren,

es ist mir eine besondere Freude, dass Kurt Beck, der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, diese Konferenz heute Nachmittag mit einem Schlusswort beenden wird.

Ich wünsche unserer Konferenz einen guten Verlauf. Das Wort hat jetzt Egon Bahr.



Egon Bahr

## Europas strategische Interessen

### Die Aufgaben der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik auf dem Weg zur europäischen Selbstbestimmung und globalen Verantwortung

Europa bedroht niemanden, Europa ist stabilitätsorientiert, Europa hat weder Feinde noch territoriale Machtinteressen. Sein Gewicht wäre groß. Aber Europa ziert sich beharrlich, seine Rolle als globaler Akteur auch anzunehmen. Deutschland sollte all seine Bemühungen darauf konzentrieren, dass Europa der fünfte Pol in der multipolaren Welt wird.

Die Diskussion unserer außen- und sicherheitspolitischen Interessen findet in einer günstigen Situation statt. Sie braucht sich nicht um aktuelle Kontroversen zu kümmern. Niemand erwartet einen bahnbrechenden Durchbruch der europäischen Dinge, solange die politischen Spitzen in Paris und London sich nicht in ihren neuen Verantwortungen eingerichtet haben. Außerdem müssen wir keine Rücksicht auf die Nachfolger von Putin und Bush nehmen; denn niemand kennt sie. Gedankenblitze zur Lösung der Kosovo-Verhandlungen sind nicht gefragt. Eine fast ideale Voraussetzung also für einen offenen Meinungs-austausch zwischen Menschen aus Wissenschaft, Regierung und Politik. Die Offenheit ist in dem doppelten Sinne zu verstehen, neue Anregungen und Argumente gelten zu lassen. Ich werde mich bemühen, meine Sicht zu begründen und sie auf einige Thesen zu verdichten.

Es gibt drei herausragende Faktoren, die für die Orientierung der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik bestimmend sind. Erstens Amerika, zweitens Europa und drittens Russland.

Dabei halte ich es für das wesentliche Element, Klarheit über unser Verhältnis zu Amerika zu gewinnen. Die Gründe sind einfach: Amerika ist die einzige Supermacht, Amerika ist die Führungsmacht der NATO, Amerikas Glaubwürdigkeit und Festigkeit verdanken wir, dass der Kalte Krieg erfolgreich beendet wurde, mit Amerika verbinden uns Wertvorstellungen, zum Teil gemeinsame, zum Teil unterschiedliche.

Ohne Anspruch auf Vollständigkeit beginne ich bei den Unterschieden. Zu den amerikanischen Werten zählen die Todesstrafe, das Recht zur privaten Bewaffnung, die Macht des Präsidenten, auch ohne Parlament und Kriegserklärung Streitkräfte einzusetzen, ein weitgehend rechtsfreier Raum für Gefangene, in dem entschieden wird, was Folter ist und was nicht, die illegale Entführung fremder Staatsangehöriger ebenso wie die Weigerung, eigene Staatsangehörige vor den Internationalen Gerichtshof stellen zu lassen. Der Weigerung, internationale Bindungen einzugehen, entspricht das Recht, Verträge zu kündigen, die Amerika nicht mehr passen und Kriege auch präventiv zu führen, wenn es Amerika passt. Nationalbewusstsein und Sendungsbewusstsein sind unauflöslich verschmolzen. Dieses Amalgam stellt einen moralischen Maßstab dar, der nicht verhandelbar ist. Das Verständnis von Nation und Staat wird beiderseits des Atlantiks sehr verschieden bleiben; es sind geschichtlich gewachsene Unterschiede der Kultur.



Jeder von uns kann gemeinsame Wertvorstellungen benennen wie Demokratie und Pluralismus. Sie bleiben als Sockel unserer Verbindungen stark genug, ganz abgesehen von den existenziellen wirtschaftlichen Bindungen; aber wer die Beschwörungsformel von der Wertegemeinschaft undifferenziert benutzt, muss wissen, dass daraus Unterwerfungsformeln werden können, wenn die eigenen Werte nicht mehr klar vertreten werden. Ohne die Selbstbehauptung unserer europäischen Werte wären wir auf dem Wege vom Sicherheitsprotektorat zur Kolonie.

Nun ist zweierlei nicht zu bestreiten. Ohne diese amerikanischen Wertvorstellungen wäre Amerika kaum die Macht geworden, die es geworden ist. Diese Wertvorstellungen werden weiter wirken, wie immer die nächsten Präsidenten heißen werden. Dass sie von Europa nicht geteilt werden, könnte – etwas unfreundlich gesagt – daran liegen, dass den europäischen Staaten die Macht fehlt, die sie durchaus nicht verachtet haben, solange sie sie hatten. Die Geschichte des Kolonialismus ist unvergessen. Man könnte freundlicher, aber ehrlich, durchaus argumentieren, dass Europa aus der schrecklichen Geschichte seiner Kriege schmerzhaft und leidvoll gelernt hat und seine militärische Schwäche zu seiner Stärke gemacht hat: Das Wunder seines Lebensstandards wie seine Attraktivität verdankt es der friedlichen Zusammenarbeit. Wer die großen Probleme des Jahrhunderts betrachtet – Umwelt, Spannungen zwischen Christentum und Islam oder die Überwindung des entstaatlichten Terrors – wird zugeben, dass sie letztlich nicht durch Waffengewalt, sondern durch friedliche Zusammenarbeit beherrschbar gemacht werden können. Es ist eine europäische Verantwortung, dass „Kooperation“ zum Schlüsselwort unseres Jahrhunderts wird. Auch die verschiedene Vorstellung beiderseits des Atlantiks, was unter Nation und Staat zu verstehen ist, gehört zu dem Teil der unterschiedlichen Kultur, die ein unveränderbares Ergebnis der Geschichte darstellt.

Aber dieses Faktum braucht für fruchtbare Zusammenarbeit kein größeres Hindernis in der Zukunft zu sein, als es das in der Vergangenheit war. Ausgehend von dem erwähnten soliden Sockel wird dafür das Verständnis gemeinsamer,

ähnlicher oder divergierender Interessen ausschlaggebend sein. Amerika hat eine globale Verantwortung und ist in seiner ordnungspolitischen Funktion unentbehrlich. Europa steht noch in den Anfängen, seine globale Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Amerika hat eine festgefügte Identität. Europa sucht sie.

Die Analyse legt zwei Folgerungen nahe: Zum einen, dass sich die Nähe, wie wir sie im Kalten Krieg erlebt haben, zwischen Amerika und Europa nicht wieder herstellen lässt; zum anderen, dass sich die Selbstbestimmung Europas nur durch eine Emanzipation von Amerika erreichen lässt.

Im Grunde hat diese Entwicklung durch die Emanzipation Amerikas von Europa begonnen. Sie setzte bereits während des Kalten Krieges ein, als die Schutzmacht beobachtete, wie ihr europäisches Müßel jahrzehntelang vergeblich versuchte, sein Ziel der Selbstbestimmung zu erreichen, politisch mit einer Stimme zu sprechen. Amerika hat gelernt, Europa nicht ernst zu nehmen, sondern hat seiner Verantwortung und seinen Interessen gemäß gehandelt. Es konnte und durfte gar nicht anders. Die häufige Klage der Europäer, sie seien nicht informiert und gar konsultiert worden, ist ebenso häufig mit beruhigenden Zusicherungen zur Besserung beantwortet worden. Wer sich vorstellt, wie das Europa von heute von Washington her gesehen wird, kann gar nicht zu einem anderen Ergebnis kommen: Es ist noch immer kein seriöses Datum erkennbar, an dem die EU mit einer Stimme sprechen wird.

Ein bedeutender Schritt der amerikanischen Emanzipation erfolgte mit dem Amtsantritt der jetzigen Administration. Obwohl Sieger im Kalten Krieg, militärisch überlegen und ohne jede Bedrohung durch einen anderen Staat, wurde ein gigantisches Aufrüstungsprogramm erarbeitet, zu Lande, zu Wasser und in der Luft, mit neuen Atomwaffen und der Militarisierung des Weltraums. Jeder Staat oder jede Staatengruppe sollte entmutigt werden, ein Waffenrennen mit Amerika überhaupt zu beginnen. Nach dem demütigenden Schock durch entstaatlichte Gewalt am 11. September 2001 wurde das Programm praktisch ohne Diskussion durch Senat und Repräsentantenhaus genehmigt und wird seither verwirklicht. Es setzte eine Lawine von Rüstungen in Gang, die

inzwischen Asien erreicht hat und Russland nicht unberührt ließ. Begrenzt werden diese Rüstungen nicht durch Verträge, sondern durch die finanziellen und technischen Fähigkeiten der einzelnen Staaten. Rüstungskontrolle ist tot für die internationale Agenda.

Als wirklich verheerender Schritt der Emanzipation erwies sich, wie Amerika die uneingeschränkte Solidaritätsbereitschaft Europas beantwortete. Die Gefühle der Verbundenheit nach dem 11. 9. waren frei von jedem politischen Kalkül, nachdem die Allianz gegen den Terror geboren und das Mandat der UN gegen die Terroristen in Afghanistan gefolgt war. Die NATO bot zum ersten Mal in ihrer Geschichte an, den Bündnisfall zu erklären. Der höfliche Dank Washingtons und seine Entscheidung, zwischen Willigen und Unwilligen auszuwählen, spaltete das Bündnis, und seine Unterscheidung zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Europa spaltete Europa. Diese Unterscheidung muss nicht das Resultat einer politischen Nützlichkeitsabwägung gewesen sein, im Sinne von *divide et impera*. Sie kann auch aus dem amerikanischen Selbstverständnis der Gleichung entsprossen sein, wonach neu immer besser und alt immer schlechter ist. Doch gerade, wenn in dem Diktum Rumsfelds nicht nur eine aktuelle unfreundliche Entgleisung steckt, zeigt sich eine weitere Facette der unterschiedlichen kulturellen Befindlichkeit jenseits und diesseits des Atlantiks: Drüben die zweifelsfreie Gewissheit der Mission, hier die Suche der angemessenen Verantwortung.

Dass Deutschland und Frankreich zusammen mit einigen anderen Europäern die Teilnahme am Irak-Krieg verweigerten, war ein gutes Zeichen: In Europa beginnt man die eigenen Interessen zu definieren und folgt dem Ergebnis der eigenen Analyse, die sich außerdem als richtig erwies. Ein überlegen geführter, brillanter Feldzug ist keine Garantie für den politischen Erfolg. Wer der Führungsmacht nicht „Nein“ sagen will, kann Selbstbestimmung nicht erreichen.

Gleichzeitig ist die Stringenz bewundernswert, mit der Präsident Bush seine strategische Linie verfolgt. Bei seinem ersten Besuch in Polen formulierte er, noch nicht überall ernst genommen, das Ziel einer geschlossenen Landbrücke

von der Ostsee bis zum Schwarzen Meer. Wer auf die Karte sah, bekam auf der anderen Seite Georgien und die Kaukasus-Region in den Blick. Die strategische Ausrichtung der *amerikanischen* Politik, die vom unsinkbaren Flugzeugträger Europa aus nach Südosten weist und über den Nahen und Mittleren Osten hinaus eine Region mindestens kontrollieren will, zu der Afghanistan und der Iran gehören und die neuen Staaten am Südrand der ehemaligen Sowjetunion auftauchen, entspricht amerikanischem Interesse. Auch durch verlustreiche Rückschläge hat sich Präsident Bush nicht von seiner strategischen Linie abbringen lassen.

Zu den Rückschlägen gehört der Bruch mit der überheblichen Haltung der Unipolarität nach 2001, als Washington glaubte, auf die lästigen Behinderungen durch die Vereinten Nationen und die NATO verzichten zu können. Das war die Phase des höchstentwickelten Machtbewusstseins der USA. Sie reichte bis 2005. Es wird dem Weißen Haus nicht leicht gefallen sein, sich seither um die Hilfe der UN und des Bündnisses in der Irak-Krise zu bemühen. Es könnte sein, dass wir Zeugen sind für eine teils vorsichtige, teils widerwillige methodische Anpassung der amerikanischen Politik an die Erkenntnis, dass mit jedem Monat China und Indien stärker werden und Russland nicht schwächer wird, dass jedenfalls eine amerikanische Orientierung auf Multipolarität unvermeidbar geworden ist. Das kann auch zu der Hoffnung berechtigen, dass die Nachfolger des jetzigen Präsidenten seine arrogante Sicherheitsdoktrin sterben lassen und in die Weltordnung der UN zurückkehren. Das wäre eine große Erleichterung.

Für die eigene Orientierung ergeben sich drei Thesen:

1. Die nächsten Präsidenten werden die Stärkung des eigenen Landes und seines Einflusses weiter verfolgen. Amerika wird mindestens für die nächsten 20 Jahre die Macht bleiben, deren militärische Überlegenheit weiter wächst.
2. Die nationale „Grand Strategy“ verlangt die Kontrolle der Region des Nahen und Mittleren Ostens – und darüber hinaus. Auch sie wird sich nicht ändern. Beide Elemente sind überparteilich gestützt.

3. Das Interesse, dass Europa ein ständiger fünfter Pol wird, kann nicht groß sein.

Zum letzten Punkt sind die Überlegungen in Washington zur NATO wichtig und erhellend. Die Wiederentdeckung der NATO unter dem Stichwort „Transformation“ läuft in verschiedenen Strängen, aber in eine Richtung: Wie können wir das Bündnis zu einem Instrument der Unterstützung unserer weltweit konzipierten Politik machen? Dabei werden die Vorteile für die Bündnispartner den Interessen der USA untergeordnet.

Zum Beispiel ist das Interesse der USA an der Eingrenzung des russischen Einflusses im Kaukasus klar, für die Türkei vielleicht auch, aber für Norwegen und Deutschland nicht unmittelbar. Dass die NATO nicht länger der zentrale Ort des transatlantischen Dialogs sei, was Gerhard Schröder vor zwei Jahren in München moniert hat, begegnet in Washington teils Zustimmung, teils dem Zweifel an der Geschlossenheit der Partner, unter denen man sich vielleicht doch die jeweils Willigen und Fähigen für die jeweilige Aktion suchen müsse. Außerdem gibt es keinerlei Neigung, die sicherheitspolitische Diskussion zwischen der EU und den USA zu formalisieren; denn das würde der EU helfen, ein Pol zu werden. Die Ausweitung des Bündnisses um Mitglieder und Kompetenzen soll pragmatisch für die nationale „Grand Strategy“ der USA nutzbar gemacht werden. Dazu gehören etwa als neues Thema die Energiesicherheit, für die die NATO Verantwortung übernehmen sollte, und ein stärkeres Engagement in Afrika.

Inzwischen wird der Druck auf die Verbündeten verstärkt, jedenfalls mehr Geld für eine schnellere Modernisierung ihrer Streitkräfte bereitzustellen: Modernisierung, damit europäische Verbände neben amerikanischen einsetzbar werden. Sofern die Ausrüstung dafür nicht reicht, wird die Arbeitsteilung zwischen Stabilisierung, also Peacekeeping, und Kriegführung, also Peaceenforcing, zu entwickeln sein, wie das ursprünglich für Afghanistan vorgesehen war. Erstaunlich dabei ist, dass Rüstungserwartungen, Art, Ort und Tempo der Einsätze von den Amerikanern bestimmt wurden und werden, ohne dass die Europäer bisher fähig gewesen wären, nach ihrer Ana-

lyse zu bestimmen, welche Art von Globalisierung, welche geographischen Schwerpunkte und welche Ausrüstung ihrer Streitkräfte ihren Interessen entsprechen.

Noch immer stimmt der Spruch: Armut kommt von der Pauverté. Das heißt aus amerikanischer Sicht: Mit der Entwicklung der EU zu einem Global Player ist nicht zu rechnen, die Europäer sind einzeln auch leichter manipulierbar, zumal ihre militärischen Fähigkeiten für unsere Größenordnungen von untergeordneter Bedeutung sind. Unsere Hegemonialstellung ist innerhalb des Bündnisses unangefochten; die EU als Organisation, zu der Amerika nicht gehört, verfügt nicht über die souveräne Eigenschaft von Staaten. Ihre Bemühungen zu selbständiger Führungsfähigkeit und entsprechendem Einsatz ihrer Streitkräfte dürfen nicht unterstützt werden, was mit dem Totschlagargument leicht begründbar ist, dass Doppelfunktionen zu vermeiden sind. Letztlich heißt der Armutsspruch auf europäisch: Solange sich Europa seine Selbstbestimmung nicht nimmt, wird es nicht selbständig werden.

Europa in seiner gegenwärtigen Situation ist geradezu eine Einladung an die Amerikaner, es als Unterstützung ihrer nationalen „Grand Strategy“ zu denken. Man kann ihnen das nicht übel nehmen. Diese Überlegungen werden unter der Überschrift „Globalisierung der NATO“ zusammengefasst. Aus dem regionalen Verteidigungsbündnis soll eine globale Organisation werden, die ohne geographische Beschränkung mit jedem Partner zur Lösung einer Krise oder einer Sicherheitsbedrohung zusammenwirkt. Das heißt: Aus der alten NATO, in der Amerika die Sicherheit seiner Partner gegen die potenzielle Bedrohung aus dem Osten garantiert hat, soll eine neue NATO werden, in der seine Partner verpflichtet sind, Amerika bei der Durchsetzung seiner globalen Ziele zu unterstützen. Die amerikanische Gewohnheit legt nahe, für die NATO ähnlich wie für Europa zu empfinden: Das Neue ist dem Alten vorzuziehen.

Es geht um nichts weniger als die institutionelle Ausweitung der NATO nach Asien, für die zunächst Japan, Südkorea, Neuseeland, Australien und vielleicht die Philippinen als demokratische Staaten in Frage kämen. Da die NATO kei-

ne supranationale selbständige Entscheidungsfähigkeit hat, würde die Dominanz Amerikas wie bisher wirken, und Amerika würde ein Instrument erhalten, das zunächst Europa marginalisieren, aber auch die UN beeinträchtigen würde – denn wer wollte Entscheidungen einer derartig globalen NATO in den Arm fallen? Mit einer solchen neuen NATO könnte Amerika der Multipolarität ruhig entgegensehen. Schon eine NATO-Mitgliedschaft Israels würde überaus komplizierte Fragen aufwerfen. Die Vorstellung, das alte Europa würde gebunden und mitverantwortlich für Konflikte in Asien, ist abenteuerlich. In dem Augenblick, in dem solche Verpflichtungen eingegangen werden, ist die Selbstbestimmung Europas beendet. Frankreich wünscht weder funktionell oder institutionell noch geographisch eine Ausweitung der NATO; der deutsch-französische Motor könnte verschrottet werden, wenn Paris und Berlin sich in dieser Frage nicht einig sind.

Im Frühjahr 2008 kann ein amerikanischer Vorschlag zur Globalisierung der NATO erwartet werden. Angesichts der Komplexität ist damit zu rechnen, dass es sich um einen milden Entwurf für einen Grundsatzbeschluss handeln wird, der sich mit der prinzipiellen Bereitschaft und Erwägung begnügt, diese Perspektive zu prüfen, zu sondieren und zu untersuchen. Hier gilt: Wehret den Anfängen. Die europäischen Interessen verlangen eine klare Ablehnung.

Für diese Haltung spricht auch ein weltpolitischer Aspekt. Zu den großen Problemen dieses Jahrhunderts gehören die Spannungen zwischen Christentum und Islam. Einen wichtigen Nebeneffekt der Ablehnung in Europa, am Irak-Krieg teilzunehmen, stellte das wochenlange irritierte Schweigen des islamischen Fundamentalismus dar. Denn neben dem christlichen Westen in Amerika erschien plötzlich ein ebenso unbezweifelbar christlicher Westen in Europa, der sich explizit weigerte, das amerikanisch geführte Vorgehen gegen den Irak mitzumachen. Das störte die Bildung einer geschlossenen islamischen Front gegen die angenommene politische Geschlossenheit des Christentums. Auch die klare Unterstüt-

zung des Papstes für die europäische Haltung konnte nicht übersehen werden. Die für einen Papst ganz ungewöhnlichen Bemühungen Benedikts XVI., die Irritationen seiner Regensburger Rede in der islamischen Türkei vergessen zu machen, spiegelte das Bestreben des Heiligen Stuhls, aus Glaubensunterschieden keinen Glaubenskampf werden zu lassen.

Ein institutionelles Ausgreifen der NATO nach Asien würde als unwiderlegbare Demonstration verstanden, dass unter der Führung Amerikas eine Geschlossenheit des christlichen Lagers entsteht, die eine Geschlossenheit des Islam geradezu verlangt, fördert, zumindest nahe legt. Die Welt erkennt in der NATO nur Amerika in multinationalem Umhang. Ganz falsch ist das ja nicht. Eine Globalisierung der NATO wäre ein Geschenk an den fundamentalistischen Teil des Islam. Jede institutionelle Verklammerung der NATO mit Asien würde den Zusammenstoß der Zivilisationen fast unvermeidbar machen. Menschen, die zur Selbsttötung bereit sind und die wir Terroristen nennen, erhielten frischen Zulauf; neben diejenigen, die ihre Heimat von Fremden befreien wollen, treten Glaubenskämpfer. Die Risiken einer globalisierten NATO wären unverantwortlich für den Globus, zu dem bekanntlich auch Europa gehört.

Timothy Garton Ash, Professor für Europa-Studien in Oxford, hat vor kurzem einen Kern des europäischen Dilemmas entdeckt, als er schrieb: „Europäer sind nicht dazu aufgerufen, für Europa zu sterben“.<sup>1</sup> Die großen Errungenschaften Freiheit, Frieden, Recht, Wohlstand, Vielfalt und Solidarität, durchaus nicht perfekt, aber beneidet, jedenfalls attraktiv, haben nicht die Kraft der Nationalstaaten entwickelt. Sie haben in 50 Jahren keine Identität geschaffen. Europa hat keine Feinde und ist entsprechend unkriegerisch. Im Vergleich zu seiner Geschichte ist das ein Zustand, der für seine Menschen im Einzelnen verbesserungsfähig, aber im Prinzip nicht mehr änderungsbedürftig ist. Man könnte ihn als ideal bezeichnen. Aber er ist eine Verführung, denn in Wirklichkeit kann Europa der Globalität nicht

1 Timothy Garton Ash: Europe's true stories, Prospect Magazine, Februar 2007.

entkommen. Es ist durchaus lehrreich für unsere Bevölkerung, mit welchen außereuropäischen Themen sich die deutsche Präsidentschaft der EU und der G-8 beschäftigen muss – durchweg Krisen, die auch Blut kosten: Naher und Mittlerer Osten, Irak, Iran, Afghanistan. Eine Strategie für Zentralasien wird endlich – weil notwendig – ausgearbeitet. Globalisierung bedeutet auch Ringen um Macht und Machterweiterung.

In dieser Welt will Europa selbstbestimmt werden. Als auffällige Schwäche erweist sich, dass es zu lange seine Grenzen nicht bestimmt hat. Selbst der späte Entschluss, keine neuen Verhandlungen zur Mitgliedschaft aufzunehmen, lässt den Staaten, mit denen maßgeschneiderte Partnerschaften vereinbart werden, noch Hoffnungen. Aber auch ohne solche Hoffnungen ist die EU überdehnt und laboriert an den Problemen ihrer inneren und äußeren Regierungsfähigkeit. Ihre innere, gewissermaßen administrative Selbstverwaltung herzustellen, ist schwierig genug. Ihre Handlungsfähigkeit nach außen verlangt Selbstbestimmung. Ohne das beschlossene Ziel der Selbstbestimmung müsste sie kein Global Player werden und könnte sich mit dem Gewicht zufrieden geben, das sie währungs- und wirtschaftspolitisch in den bestehenden Organisationen der Welt besitzt.

Die Überdehnung ist zum einen Teil auf die Verpflichtung, aber auch auf die historische Chance zurückzuführen, den früheren Staaten des Warschauer Paktes, wenn sie frei entscheiden können, einen Platz offen zu halten. Zum anderen war England überaus erfolgreich, die Erweiterung der EU vor ihrer Vertiefung zu betreiben. Das entspricht seinem Interesse, eine unwiderrufliche institutionelle Bindung an den Kontinent zu vermeiden und seine Sonderbeziehungen zu Amerika zu erhalten.

Bezeichnenderweise machte Großbritannien Schwierigkeiten, als es im Vorfeld der Berliner Erklärung darum ging, zu den Erfolgen der 50-jährigen europäischen Entwicklung das Schengener Abkommen und den Euro zu zählen. Der Vollintegration in Europa wird sich England auch weiterhin entziehen, besonders wenn sie die Möglichkeit einschließt, dass Europa außen- und sicherheitspolitisch Entscheidungen treffen könn-



In Europa beginnt man die eigenen Interessen zu definieren und folgt dem Ergebnis der eigenen Analyse. Es ist eine europäische Verantwortung, dass „Kooperation“ zum Schlüsselwort unseres Jahrhunderts wird.

te, die Amerika unangenehm findet. Solange Europa nicht die Kraft findet, England vor die Entscheidung zu stellen, ob es seine Sonderbeziehung zu den Vereinigten Staaten oder seine Vollintegration in die EU bevorzugt, wird es seine gegenwärtig komfortable Lage beibehalten. Solange das so bleibt, wird die globale Handlungsfähigkeit Europas nur ohne Großbritannien denkbar und erreichbar.

Das wäre mehr als tief bedauerlich. Aber das Ziel seiner globalen handlungsfähigen Selbstbestimmung kann Europa nicht aufgeben und nicht auf Dauer durch England blockieren lassen. Die logischen und praktischen Überlegungen, die vor einigen Jahren die Kollegen Schäuble und Lamers vorgestellt haben, dass man mit einem Kern derer beginnen sollte, die zu einer engeren Integration fähig und willens sind, und der offen ist für jeden Staat, der sich daran beteiligen will, hat mich nach dem Ende des Ost-West-Konflikts zu der Überzeugung geführt, dass jedenfalls am Beginn eines solchen Prozesses ein osteuropäischer Staat beteiligt sein sollte, vorzugsweise Polen. Das wäre übrigens eine willkommene Garantie, dass europäische Identität nicht zu Antiamerikanismus degeneriert.

Was für England gilt, muss mindestens insofern auch für Polen gelten, dass diejenigen Staaten der EU, die ihre außen- und sicherheitspolitischen Fähigkeiten bündeln wollen, sich davon nicht abhalten lassen sollten. Doch Polen hat im Unterschied zu England eine kontinentale Tradition und wird die Vorteile seiner vollen Beteiligung nicht nur bei Schengen und dem Euro, sondern auch bei einer europäischen Armee erkennen.

Deutschland sollte all seine Bemühungen darauf konzentrieren, dass Europa der fünfte Pol in der multipolaren Welt wird. Der überragende Stellenwert ergibt sich aus der Erkenntnis, dass Europa der einzige globale Faktor wäre, der keine territorialen Machtinteressen hätte. Sein Gewicht ergibt sich aus der Summe, dass es niemanden bedroht und stabilitätsorientiert ist. Sein Gewicht würde wachsen, wenn es über eine eigene, selbständig einsatzfähige Armee verfügt. Sie müsste modern ausgerüstet und in der Lage sein, gegebene Garantien auch einhalten zu können; nicht



Europa wäre der einzige globale Faktor, der keine territorialen Machtinteressen hätte. Deutschland sollte all seine Bemühungen darauf konzentrieren, dass Europa der fünfte Pol in der multipolaren Welt wird.

mit allen Fähigkeiten, einen Irak-Krieg führen zu können – und unter der übergeordneten Verpflichtung, keinen Einsatz ohne ein Mandat der UN vorzunehmen. Das würde Änderungen in Ausrüstung und Bewaffnung ermöglichen, aber es würde nicht weniger, sondern mehr Mittel für die Bundeswehr erfordern. Die Globalisierung wird in jedem Falle höhere Kosten verlangen, ob wie bislang an der Seite der Amerikaner oder europäisch selbst bestimmt.

Es fehlt eine Definition unseres Verhältnisses zu Russland. Fünf Bundeskanzler haben sich in erstaunlicher Kontinuität seit bald 40 Jahren bemüht, anstelle der unvergesslichen Last der Vergangenheit Vertrauen zu entwickeln, Zusammenarbeit und möglichst Freundschaft. Brandt, Schmidt, Kohl, Schröder und Merkel haben, jeweils persönlich unverwechselbar, mit ihren auch unverwechselbaren Partnern Breschnew, Andropow, Gorbatschow, Jelzin und Putin daran gearbeitet. Die Beziehungen haben gegeneinander gerichtete Raketenstationierungen überstanden, das Ende der Sowjetunion und ein für Europa so epochales Ereignis wie die deutsche Vereinigung, deren sicherheitspolitische Bedingungen der amerikanische Präsident Bush und der sowjetische Präsident Gorbatschow vereinbart haben. Die deutsche Wirtschaft hat diese Entwicklung unterstützt, zum Vorteil beider Länder. Schröder hat die Bezeichnung „strategische Partnerschaft“ geprägt, die Merkel in ihrer ersten Regierungserklärung wiederholt hat. Die Bundeskanzlerin ist sich bewusst, welches wertvolle Erbe sie übernommen hat.

Es hat eine Dimension erhalten, von der Brandt, Schmidt und Kohl nicht träumen konnten: Russland ist unentbehrlich, damit die gefährlichste Krise der Gegenwart, die Atompolitik des Iran, eine friedliche Lösung findet. Russland ist unentbehrlich, um für die Region des Mittleren Ostens unter Einschluss Syriens, Saudi-Arabiens, des Irak und des Iran eine Regelung zu erreichen, die Stabilität verspricht. Russland wird für eine Kosovo-Lösung gebraucht. Russland ist auf dem Sektor der Energie zu einem Faktor besonders für Europa geworden, solange der Energiebedarf steigt und die Preise nicht fallen, was für die nächsten 20 Jahre wahrscheinlich ist. Deutsch-

land ist das Land, das über fast 40 Jahre das größte Kapital an Vertrauen angesammelt hat, vielleicht von China abgesehen. Deutschland hat damit eine unerhörte Verantwortung, dieses Kapital für ein Zusammenwirken mit Russland einzusetzen, um die gefährlichen Krisen zu entschärfen. Zumal das unentbehrliche Amerika nicht nur Ansehen verloren, sondern durch seine partiell konfrontative Politik gegenüber Russland auch Einfluss eingebüßt hat. Ich verweise ausdrücklich auf den Artikel von Vizeadmiral Ulrich Weisser in der März-Ausgabe der *Internationalen Politik*.<sup>2</sup>

Es ist eine in der deutschen Geschichte kaum vergleichbare Konstellation entstanden, in der Deutschland über einen Einfluss verfügt, der größer ist als das Gewicht einer europäischen Mittelmacht. Die Außen- und Sicherheitspolitik braucht Weitsicht, verbunden mit der Erkenntnis der Prioritäten, die sich nicht von anderen Themen oder Neigungen beirren lässt.

Ein methodischer Rahmen unseres Handlungsspielraums ist erkennbar geworden, als wir uns in den Krieg mit Jugoslawien verwickelt haben. Der damals wachsende Druck aus Washington und London, deutsche Bodentruppen gegen Belgrad einzusetzen, war zu Ende, als der Bundeskanzler dem amerikanischen Präsidenten ein definitives „Nein“ sagte. Diese Erfahrung zeigte, dass in einer Situation europäischer Dimension, in der Deutsche gebraucht werden, Deutschland ein fast vetoähnliches Gewicht hat. Etwas später entwickelten wir einen Fünf-Punkte-Plan, der Russland wieder ins Boot brachte, die Akzeptanz der Chinesen erhielt und neben einem Mandat der UN auch die Zustimmung Amerikas für Verhandlungen mit Milošević zur Beendigung des Krieges bewirkte. Glücklicherweise standen die Finnen im Vorsitz der EU, und Martti Ahtisaari war erfolgreich. Diese Erfahrung zeigte, dass Deutschland mit einer guten Idee, sofern es genügend Unterstützung und Partner findet, sogar führen kann – ohne sich dessen zu rühmen. Ohne Partner zu gewinnen, bleibt auch die beste Idee fruchtlos.

Dieser Rahmen ist ausreichend, fast ideal, weil niemand Angst vor den Deutschen haben muss; aber er mutet wie eine Fingerübung an, gemessen an der globalen Dimension der deutschen Verantwortung, vor der wir heute stehen.

Aus den dargelegten Elementen ergeben sich für die Orientierung der deutschen Politik einige Thesen:

- Deutschland sollte sich bemühen, Russland, eine unveränderbar ebenso in Asien wie in Europa verankerte Macht, so fest und eng wie möglich mit dem alten Kontinent zu verflechten. Es sollte vorschlagen, den NATO-Russland-Rat zu dem Gremium zu entwickeln, dem nach der Erörterung sicherheitspolitischer Fragen auch Entscheidungsbefugnisse eingeräumt werden. Dazu sollte gehören, die unzeitgemäße gegenseitige Drohung eines nuklearen Ersteinsatzes abzuschaffen.
- Deutschland sollte versuchen, auf der Basis des Bündnisses mit Amerika Einverständnis herzustellen, dass die ungleichen Verantwortungen – dort globale Interessen, hier europäische Selbstbestimmung – in einem Verhältnis von Partnerschaft und Arbeitsteilung verfolgt und verbunden werden können.
- Deutschland sollte Rüstungskontrolle wieder zu einem Markenzeichen machen. Die Prinzipien Gewaltverzicht und gemeinsame Sicherheit, in Verträge umgesetzt, haben in Europa die potenzielle Gefahr eines Dritten Weltkriegs beseitigt. Sie könnten auch in anderen Regionen helfen, Konfrontationen zu vermeiden.
- Deutschland sollte darauf hinwirken, seine Positionen im Abrüstungsbericht der Bundesregierung zu konkretisieren, damit die fortdauernde Stationierung amerikanischer Atomwaffen und die deutsche Teilhabe an nuklearen Aufgaben der NATO beendet wird.
- Deutschland sollte anregen, die früheren Überlegungen wieder zu beleben, gegen mögliche Bedrohungen in der Zukunft eine europäische Raketenabwehr mit amerikanischer und russischer Beteiligung zu entwickeln.

2 Ulrich Weisser: Wir brauchen Russland!, *Internationale Politik*, März 2007, S. 48-55.



## Panel 1

### „Multilateralismus, Multipolarität und Unilateralismus: Wohin steuert die Welt im 21. Jahrhundert?“

Panel 1 stand unter dem Eindruck der von Egon Bahr in seinem Vortrag genannten Schwerpunkte und Thesen. Rolf Mützenich, der moderierte, plädierte daher in seinen einführenden Worten dafür, dass sich die Diskussionsrunde wegen der Vielzahl der von Egon Bahr genannten Aspekte auf die vom Konferenzprogramm festgelegte inhaltliche Untergliederung beschränken müsse. Das Podium war mit Dr. Wolfgang Gerhardt, Walter Kolbow, Christian Schmidt und Jürgen Trittin überparteilich besetzt.

Folgende Aussagen lassen sich festhalten: Wohin die Welt im 21. Jahrhundert steuert, ist noch immer stark von den USA bestimmt. Wenn sich Europa nach den Vereinigten Staaten von Amerika, Russland, Indien und China als fünfter Machtpol etablieren will, muss es den gestellten Herausforderungen auch gerecht werden. Hierzu bedarf es neben der Reform des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen, innerhalb dessen sich die Multilateralität ebenso abzeichnen muss und der handlungsfähig gestaltet in der Lage sein muss, zeitnahe Entscheidungen zu treffen, auch einer grundlegenden Reform und Neuausrichtung der NATO. Sowohl bei der Reform des Sicherheitsrates, über dessen Gewaltmonopol Einigkeit herrschte, als auch bei der Neuausrichtung der NATO sei eine aktive Beteiligung Europas gefordert. Grundsätzlich müsse aber verhindert werden, dass eine erweiterte und dadurch zuneh-

mend globalisierte NATO, von der Egon Bahr bereits im Rahmen seines Vortrages sprach, zu einem Konkurrenzmodell der Vereinten Nationen werde. Einen möglichen Ausweg und ein prinzipiell anwendbares Modell könnten hier so genannte regionale Sicherheitsabmachungen und -bündnisse darstellen, deren Bildung von europäischer Seite aus zu fördern sei.

**Rolf Mützenich** betonte die für den europäischen Einigungsprozess grundsätzliche und wichtige Entscheidung, den Einsatz militärischer Gewalt aus dem staatlichen Monopol herauszulösen und mit der Einrichtung des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen in einer internationalen Organisation anzusiedeln. Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes löse sich aber gerade diese internationale Entscheidungsfindung zunehmend auf und werde durch eine Politik vorsorglich angewendeter Gewalt zum Schutze nationaler Interessen abgelöst. Mützenich warf die Frage auf, ob es nicht Aufgabe deutscher und eben auch europäischer Außenpolitik sei, bei internationalen Konflikten auf das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen zu verweisen und einen Beschluss des Sicherheitsrates zu erwirken.

Als zweiten wichtigen Themenbereich sprach Mützenich die seitens der USA bestehenden Pläne einer Globalisierung der NATO an. Dabei forderte er die Teilnehmer des Podiums auf, jeweils aus ihrer Sicht – respektive der Bundesregierung,



des sozialdemokratischen Grundsatzprogramms, der Liberalen und der Grünen – zu einer möglicherweise globalisierten NATO Stellung zu nehmen.

Zuletzt verwies Mützenich auf die amerikanischen Pläne für den Aufbau eines Raketenabwehrschildes und fragte, welchen Einfluss dies auf das Ordnungsprinzip von Abrüstung und Rüstungskontrolle habe.

**Christian Schmidt** sah die NATO vor neuen Fragen. Die potenziellen Herausforderer der bestehenden Stabilität befänden sich mit der realen Terrorgefahr im nichtstaatlichen Bereich, worauf die Vereinigten Staaten von Amerika präventiv antworteten. Die eigentliche Herausforderung an die NATO sei daher in den nächsten Jahren Strukturen zu schaffen, die ein Maß an Verbindlichkeit und auch an völkerrechtlicher Legitimation bieten könnten. Das Gewaltmonopol der Vereinten Nationen sei selbst „löchrig“, nicht nur durch § 51 der Charta, sondern auch durch die Konstruktion des Sicherheitsrates selbst. Hier sei Handlungsbedarf für Reformen. Jedoch müsse auch innerhalb der NATO geklärt werden, welche grundsätzlichen Interessen verfolgt werden sollten. Während die militärische Transformation der NATO schrittweise vorankomme, sei die Entwicklung einer gemeinsamen politischen Strategie der NATO nicht erreicht worden. Dabei sei die „comprehensive political guidance“ ebenso ein militärisches Derivat.

Für Schmidt war die wichtige Frage, wie eine gemeinsame europäische Interessenstruktur zu organisieren sei. Seiner Vermutung nach seien manche britische, französische oder deutsche Ansätze mehr vom traditionellen Empfinden geprägt als von nüchterner Interessendefinition.

In Bezug auf einen möglichen Vorschlag der USA auf dem kommenden NATO-Gipfel 2008 in Washington die Strukturen des Bündnisses zu globalisieren, wies Schmidt darauf hin, dass Europa nicht nur reaktiv antworten dürfe. Hier bedürfe es bereits im Vorfeld einer europäischen Verständigung. Die Haltung der Bundesregierung sei gegenüber einer Ausdehnung der NATO auf ein gesamt globales verteidigungspolitisches Bündnis sehr zurückhaltend.

Europa solle den bisher erfolgreich angewendeten Ansatz ausbauen, diplomatisch den Weg in die Institutionen zu suchen. Ob dieser aber dauerhaft erfolgreich bleibe, liege letztlich auch an der Flexibilität und der grundsätzlichen Bereitschaft Europas, in gemeinsamen Kooperationen der Vereinten Nationen und des transatlantischen Bündnisses involviert zu bleiben und dabei auch Kompromisse einzugehen. Die NATO stelle die einzige Struktur dar, mit der Interessen Europas transatlantisch umgesetzt werden könnten. Nicht zuletzt auch wegen ihrer politischen Einwirkungsmöglichkeit müsse Europa an der NATO festhalten, zudem werden auch in der multilateralen Welt die USA eine entscheidende militärische Rolle spielen.

Hinsichtlich der Thematik von Abrüstung und Rüstungskontrolle wies Schmidt darauf hin, dass Europa nach der Kündigung des ABM-Vertrages im Jahr 2001 diese Thematik ignoriert habe. Hier wäre es sinnvoll gewesen, sich auch abseits der Schlagzeilen mit dem Thema zu befassen. Nun aber sei die Welt und insbesondere Europa von bilateralen Absprachen der USA mit Polen und der Tschechischen Republik aufgeschreckt worden. Der Politik müsse es gelingen, Russland in diesem Bereich, wenn auch nicht Interessenkonvergenz, so doch zumindest Interessensymmetrie feststellen zu lassen und auf diese Weise das Raketenabwehrsystem als einen neuen und vor allem multipolaren Einstieg in die Abrüstung zu betrachten.

**Walter Kolbow** sah, wie auch schon Egon Bahr zuvor, Zusammenarbeit als das Schlüsselwort europäischer Verantwortung an. Im Rahmen des Multilateralismus müsse diese europäische Verantwortung einhergehen mit einem Beschluss des Sicherheitsrates, da dieser die Rechtsgrundlage für Gewaltanwendungen bilde. Diese Grundlage spiegele sich auch im Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der SPD wider: Dieses fordere als Voraussetzung für die Entsendung deutscher Soldaten neben der Zustimmung des Deutschen Bundestages auch und gerade einen Beschluss des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen. Und schließlich dürfe ein militärischer Einsatz deutschen Interessen nicht widersprechen.

Als zentrale Bedrohung und Herausforderung für die internationale Staatengemeinschaft sah Kolbow den internationalen Terrorismus an und forderte eine „Stärkung des Rechts“ sowie ein uneingeschränktes Gewaltmonopol der Vereinten Nationen. Jedoch sprach er sich im Zusammenhang mit der Charta der Vereinten Nationen auch für regionale Abmachungen aus, wie sie die OSZE und auch die EU darstellten. Im Rahmen der notwendigen Emanzipation solcher Zusammenschlüsse forderte Kolbow, dass Europa den Anspruch auf den fünften Machtpol erheben müsse. Europa dürfe aber nicht abwarten, bis es diesen Status zugesprochen bekomme, vielmehr müsse es ihn einfordern.

Eine erweiterte und globalisierte NATO stelle grundsätzlich ein Konkurrenzmodell zu den Vereinten Nationen dar, das nicht zu rechtfertigen sei. Wenn Europa jedoch Machtpol werden wolle, müsse es sich militärisch emanzipieren und schließlich auch den Weg hin zu einer europäischen Armee einschlagen. Hierfür bedürfe es einer großen europäischen Debatte, da eine wirkliche Bewusstseinsbildung, durch den Aufbau einer gemeinsamen Armee Europas etwas für den Frieden in der Welt zu tun, auch und gerade in Deutschland nicht vorhanden sei.

Hinsichtlich der Stationierung von Teilen eines Raketenabwehrschildes in Osteuropa betonte Kolbow, dass dies zum einen einer klaren Bedrohungsanalyse bedarf, zum anderen aber auch einer detaillierten Abstimmung zwischen Europäischer Union und der NATO. Innerhalb beider Organisationen müsse analysiert werden, was man wo, zu welchem Zweck, auf welcher Bedrohungsgrundlage und letztlich auch zu welchem tatsächlichen und politischen Preis umsetzen wolle.

**Wolfgang Gerhardt** betonte, dass auch für die außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen der Liberalen die Vereinten Nationen der wichtigste Bezugspunkt seien. Jedoch könne man nicht erwarten, dass sich Staaten so verhalten, wie sie dies tun sollten. Zwar stehe die militärische Überlegenheit der USA außer Frage, die Vereinigten Staaten hätten aber in den vergangenen Jahren aufgrund einer imperialen Präsidentschaft einen enormen Autoritäts- und Normsetzungs-

verlust erlitten, der sie nun daran hindere, sich als glaubwürdiger Ratgeber für andere zu empfehlen. Jedoch sah Gerhardt in der neuen Zusammensetzung des amerikanischen Kongresses ein gewisses Potenzial an Selbstheilungskräften und hoffte, dass es den USA gelingen werde, zu alter, auch zivilisatorischer Stärke zurückzufinden. Bereits die von Egon Bahr genannten Punkte zeigten eine gewaltige Differenz in Wertewahrnehmung und Wertebewusstsein. Über die Todesstrafe hinaus würden aber auch beispielsweise die Themen Folter und Behandlung von Gefangenen unterschiedlich gehandhabt, was seitens Europas auch offen ausgesprochen werden sollte.

Bezüglich einer globalisierten NATO betonte Gerhardt, dass eine Einmischung Europas hinsichtlich der Gestaltung der künftigen Strukturen gefordert sei, gerade weil eine europäische Abstimmung hierüber bislang nicht zu erkennen wäre. Gerhardt sprach sich unter den Gesichtspunkten der Multipolarität gegen eine Ausdehnungsstrategie der NATO aus. Stattdessen befürwortete er, in anderen Regionen der Welt vergleichbare Formen und Strukturen der Integration zu finden, die es dann eben diesen Regionen ermöglichen, zunächst wirtschaftliche Zusammenarbeit selbst zu organisieren und darüber hinaus auch ein Sicherheitsempfinden zu entwickeln.

Gerhardt hielt das Vorgehen der USA im Zusammenhang mit dem Raketenabwehrschild für falsch und geopolitisch für bedenklich. Ein Angebot an Russland, gemeinsam das Bedrohungspotenzial zu analysieren und im Anschluss daran zu klären, ob es gemeinsame Interessen gibt, hätte Gerhardt bevorzugt.

Auch **Jürgen Trittin** sah keinen Dissens darin, dass das Gewaltmonopol bei den Vereinten Nationen liegt. Nach dem Ende der bipolaren Welt habe sich keine unipolare Struktur gebildet. Vielmehr existiere Multipolarität und die entscheidende Frage sei, wie sich diese verrechtlichen lasse. Europa könne Multilateralität nicht einfach nur einklagen, sondern müsse vielmehr über seine Außenpolitik und sein an multilateralen Werten orientiertes Handeln zu einem eigenen Machtpol werden. Verschlankte EU-Institutionen sowie die Position des europäischen Außenministers seien daher notwendige Maßnahmen.

Zudem forderte auch Trittin eine Reform der Vereinten Nationen. Ohne eine strukturelle Veränderung des Sicherheitsrates gelange man nicht zu einem handlungsfähigeren Organ und zu handlungsfähigen Instrumenten für den Multilateralismus. Grundlegende Voraussetzung sei daher, dass sich die neue Multipolarität auch in der Struktur des Sicherheitsrates widerspiegele, in dem bisher kein lateinamerikanischer und afrikanischer Staat vertreten und Asien massiv unterrepräsentiert ist.

Trittin sprach sich gegen eine Globalisierung der NATO aus, die gleichzeitig deren Stärkung bedeuten würde. Er befürwortete vielmehr eine Stärkung der Vereinten Nationen, da die globalen Probleme nur unter Einbeziehung der immer selbstbewusster werdenden Schwellenländer gelöst werden könnten. Und gerade in diesem Zusammenhang sei jede Form einer Stärkung des NATO-Bündnisses die falsche Priorität.

Um Europa unter dem Mandat der Vereinten Nationen für Stabilisierungseinsätze und eben gerade nicht für Einsätze des peace enforcement handlungsfähig zu machen, bedürfe es einerseits schneller Entscheidungen, andererseits sei aber auch eine andere Einstellung zu europäischen militärischen Ausrüstungsprojekten erforderlich. Die Weigerung der Bundesregierung, die Frage des Raketenabwehrsystems in den Institutionen der EU zu diskutieren, sah Trittin darin begründet, dass die große Koalition diese Prioritätensetzung über die Instrumente der Multilateralität für sich „nicht einig“ getroffen habe. Bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2006 habe die Bundeskanzlerin die internationalen Organisationen hierarchisiert und an erster Stelle die NATO, dann die EU und schließlich die Vereinten Nationen gestellt. Der Bundesaußenminister sei dagegen bemüht gewesen, diesen Dreiklang gleichberechtigt darzustellen.

Hinsichtlich des Aufbaus eines Raketenabwehrsystems durch die USA sah Trittin die potenzielle Gefahr einer erneuten Aufrüstung. Bezogen auf die Iran-Problematik sei Einigkeit der internationalen Gemeinschaft von besonderer Wichtigkeit. Er habe aber den Verdacht, dass die USA eine andere Agenda beabsichtigen als die Europäer, Russen und Chinesen, die den Weg der Ver-

handlung verfolgten, den Iran davon abzuhalten, Zugriff auf Massenvernichtungstechnologie zu erhalten, während die Agenda der USA „regime change“ hieße. Wenn das das Ziel sei, wäre das Raketenabwehrsystem aus eben dieser Logik heraus wiederum konsequent, weil ernsthaft nicht damit zu rechnen sei, dass der regime change im Iran so schnell erfolgen würde, wie dieses System Zugriff auf die Waffen habe.

Zum Abschluss des ersten Panels meldete sich nochmals **Egon Bahr** zu Wort: Anhand der bisherigen Debatte sei deutlich geworden, wie notwendig eine außen- und sicherheitspolitische Diskussion in unserem Lande sei. Zudem zeige die Diskussion um das Raketenabwehrsystem, dass die USA in der Vergangenheit zwar die Machbarkeit von SDI aufgegeben habe, nicht aber dessen Idee. Eine Lösung des Problems könne daher sein, ein gemeinsames europäisches Abwehrsystem unter amerikanischer und russischer Beteiligung zu entwickeln. Dann sei der Streitpunkt ausgeräumt, doch die jetzige amerikanische Administration wolle dies nicht, da sie den „dominierenden machtpolitischen Punkt der Kontrolle über Europa mit keinem anderen teilen will“, auch nicht mit den Russen.

Zuletzt wies Bahr darauf hin, dass die zurzeit geführte grundlegende Diskussion über eine europäische Armee lediglich konventionelle Waffen betreffe, nicht aber atomare. Bahr forderte, solche Fragen rechtzeitig theoretisch zu diskutieren, bevor sie in der Praxis aktuell würden.





## Panel 2

### „Europa auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur“

Das Thema des zweiten Panels war Europa auf dem Weg zu einer einheitlichen Sicherheitsstruktur. Auf dem Podium saßen Dr. Uschi Eid, Karl Lamers sowie Martin Schulz. Die Moderation übernahm Rainer Arnold, der gleich zu Beginn die Teilnehmer bat, entsprechend ihrem jeweiligen Arbeitsschwerpunkt zum Stand Europas auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur Bezug zu nehmen und ihre jeweiligen Positionen darzulegen.

Einigkeit bestand darüber, dass derzeit keine geschlossene Sicherheitsstruktur Europas vorhanden ist und es diese auch in naher Zukunft nicht geben werde. Das gleiche gelte für eine gemeinsame Armee im Europa der 27 Staaten. Hierfür, so die einhellige Meinung, seien sowohl die Ziele als auch die nationalen Interessen zu unterschiedlich. Die Chance, einen Ausweg aus dieser Situation zu finden, könnte aber in einer Modularität der europäischen Außenpolitik liegen. Grundsätzlich dürfe im Rahmen einer gemeinsamen Sicherheitspolitik nicht nur die Ost-West-Achse betrachtet werden, sondern es müsse auch die Nord-Süd-Perspektive miteinbezogen werden.

**Martin Schulz** wies zu Beginn darauf hin, dass sich die Europäische Sicherheitspolitik momentan in einer Phase der Unentschiedenheit befinde. Schulz widersprach der Vision einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur. Eine in sich kohärente europäische Sicherheitsstrategie oder

gar Sicherheitsarchitektur existiere nicht, vielmehr gebe es verschiedene Perspektiven und Herangehensweisen. Zwar seien die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik sowie auch die Verteidigungspolitik in den bisherigen europäischen Dokumenten niedergeschrieben, um aber die dortigen Vorhaben letztlich operativ auch umsetzen zu können, brauche es neue Formen: Hierzu zählte Schulz vor allem die Funktion eines europäischen Außenministers. Der Entwurf der europäischen Verfassung habe neben den Zielen gerade auch die notwendigen Instrumentarien einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beinhaltet, so dass nach dem Scheitern der Verfassung Europa – was eine gemeinsame europäische Sicherheitsstruktur betrifft – nicht sehr weit entwickelt sei. Zudem sah Schulz keine Chance, in naher Zukunft eine europäische Armee aufzubauen. Schwierig sei in diesem Zusammenhang auch der Umgang mit Großbritannien, das militärisch stets eine transatlantische, aber auch europäische Option habe. Hieraus resultiere eine schwierige Ausgangslage, was den Aufbau von gemeinsamen militärischen Fähigkeiten betreffe. Denn mit Großbritannien würde im Innern der EU eine der entscheidenden Mächte ihre militärischen und politischen Fähigkeiten stärker an die USA anlehnen als an die übrigen europäischen Staaten. Aufgrund dessen werde es auf europäischer Ebene nach Einschätzung von

Schulz lediglich zu zielgerichteten Kooperationen und militärischer Zusammenarbeit in Bezug auf einzelne Projekte kommen.

Grundsätzlich müsse sich eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik Europas von den USA emanzipieren und versuchen, die Interessen aller Beteiligten einzubeziehen. Gerade hier könne die Idee des „effektiven Multilateralismus“ greifen, dessen Grundzüge bereits *Wolfgang Gerhardt* im Rahmen des ersten Panels skizziert hatte: die Bildung regionaler Zusammenschlüsse. In der Kooperation solcher Zusammenschlüsse ließen sich dann unter dem Dach der reformierten Vereinten Nationen gemeinschaftliche Lösungsansätze erarbeiten und internationale Konflikte lösen.

Die derzeitige Prerogative der Bush-Administration dagegen sei, dass nur diejenigen in das Vorgehen eingebunden würden, die die amerikanischen Interessen und Vorstellungen teilten. Dies könne jedoch nicht das Konzept einer gemeinsamen europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sein, die sich gerade durch den Einbezug aller Interessen unterscheide.

Hinsichtlich des von den USA geplanten Raketenabwehrschildes führte Schulz an, dass die europäische Skepsis gegenüber der Notwendigkeit eines solchen Systems ihre Ursache weniger in der Analyse der Bedrohungslage habe als in der Unglaubwürdigkeit derjenigen, die die Lage entsprechend beschreiben. Hier stimmte Schulz mit *Wolfgang Gerhardt* überein, der bereits zuvor den enormen Autoritäts- und Normsetzungsverlust der USA beklagte. Die europäische Außen- und Sicherheitspolitik könne sich daher nicht an der derzeit amtierenden Regierung der USA orientieren, weshalb es eine Konsequenz der Europäer sein müsse, in der transatlantischen Beziehung sowohl ein Stück mehr Ehrlichkeit als auch mehr Kooperationsbereitschaft des Partners zu verlangen.

Europa agiere als Verbund souveräner Staaten per se multilateral und könne daher zunächst keinen unilateralen Ansatz haben. Die Schwierigkeit von außen- und sicherheitspolitischer Gestaltung in Europa sei es, zu einer gemeinsamen und grundlegenden Strategie zu gelangen. Ein

Ausweg aus dieser Situation könnte in der Modularität der Europäischen Außenpolitik liegen: Die einzelnen Nationalstaaten Europas sollten ihre historisch bestehenden und engen Kontakte zu anderen Staaten der Welt nutzen, um mit diesem Zugangsvorteil diplomatische Brücken aufzubauen. Auf diese Weise könnten europäische außen- und sicherheitspolitische Vorstellungen in die jeweiligen Staaten getragen werden: So beispielsweise von der Iberischen Halbinsel nach Lateinamerika, von Finnland und dem Baltikum nach Russland, von Italien und Griechenland nach Afrika.

In Bezug auf das Verhältnis zwischen den USA und Europa betonte Schulz, dass eine inhaltliche Annäherung nur dann möglich sei, wenn die USA akzeptierten, dass es eine gleichberechtigte Ebene der internationalen Politik gibt, die sich auf eine andere Philosophie stützt als eben auf ihre eigene.

Wie in der Vergangenheit war **Karl Lamers** auch hier ein Befürworter des europäisch-amerikanischen Verhältnisses und überzeugt, dass es weiterhin einer vertieften Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten bedürfe. Nur auf diese Weise seien die aktuellen Herausforderungen, die andere sind als zur Zeit des Kalten Krieges, zu überwinden. Von Bedeutung für eine noch intensivere Zusammenarbeit mit den USA sei aber, dass Europa auf gleicher Augenhöhe an einem Tisch sitzen und mit ihnen zu gemeinsamen Entscheidungen kommen könne. Als Grundvoraussetzung sollte erfüllt sein, dass Europa in der Lage ist, für sich einen eigenen Willen zu bilden und diesen gegenüber der übrigen Welt einheitlich zu kommunizieren. Lamers war in dieser Hinsicht zuversichtlich. Er war sogar der Ansicht, dass dies in der EU der 27 eventuell in einem historisch sehr kurzen Zeitfenster von 10 oder 15 Jahren umsetzbar sei. Dennoch würde dieser notwendige Prozess nicht so schnell erfolgen, wie es angesichts der aktuellen Herausforderungen notwendig wäre. Lamers plädierte dafür, dass einige Staaten – er bezog sich dabei maßgeblich auf Frankreich und Deutschland – einen „magnetischen Kern“ bilden und beginnen sollten, Europa mit einer Stimme sprechen zu lassen.

Lamers stellte fest, dass die fehlende Einigkeit Europas auch Auswirkungen auf die NATO habe: Die NATO sei so lange Amerika, wie Europa in der NATO nicht mit einer Stimme spreche. Der Umsetzung einer gemeinsamen europäischen Armee stand Lamers skeptisch gegenüber, jedenfalls bezüglich der Teilnahme aller EU-Staaten. Vielmehr sollte auch dieses Projekt, ähnlich Schengen oder Euro, außerhalb des eigentlichen Vertragswerkes angegangen werden. *Egon Bahr* stimmte Lamers zu und forderte, das Projekt einer europäischen Armee zunächst gemeinsam mit Frankreich zu starten. Andere Staaten würden folgen, sofern die Attraktivität groß genug sei.

Europa müsse aber grundsätzlich mit den USA sowohl militärisch als auch zivil eine gemeinsame Politik verfolgen: Erstens, und damit bezog Lamers sich auf *Egon Bahr*, weil die USA Weltmacht seien. Zweitens die USA und Europa durch eine gemeinsame Wertebasis miteinander verbunden seien, die jedoch zunehmend unterschiedlich interpretiert werde. Drittens existierten zunehmend unterschiedliche Auffassungen darüber, wie die ursprünglich gemeinsamen Werte und Interessen gegenüber der Welt vertreten werden sollten. Doch gerade hier muss Europa Einfluss ausüben, den es wiederum nur erlangen kann, wenn es mit einer Stimme spricht; nur dann sei es möglich, dass Amerika auch auf Europa hört. Lamers warnte davor, dass die massiv steigende Kritik gegenüber den USA in Antiamerikanismus umschlagen könne. Dies würde es Europa erschweren, künftig zusammen mit den Vereinigten Staaten eine gemeinsame Politik zu verfolgen.

Rückgreifend auf *Jean Monnets* Aussage „Europa ist ein Beitrag für eine bessere Welt“ forderte Lamers, dass Europa zu seinem Weltordnungsanspruch stehen solle. Die Welt brauche neue Organisationsformen von Politik, wie sie die ASEAN oder die Afrikanische Union darstellen. Eine solche institutionalisierte, verrechtlichte Zusammenarbeit zwischen Nationen müsse gefördert werden. Mit dieser Meinung schloss sich *Karl Lamers* seinen Kollegen *Wolfgang Gerhardt* und *Martin Schulz* an, regionalen Zusammen-

schlüssen eine große Bedeutung beizumessen. Lamers merkte weiterhin an, dass es innerhalb einer reformierten UN nur konsequent sei, einen europäischen Sitz im Sicherheitsrat einzufordern.

**Uschi Eid** betonte, dass sowohl die deutsche als auch die europäische Außen- und Sicherheitspolitik zumeist aus einer Ost-West-Perspektive betrachtet würden. Als ausgewiesene Afrika-Politikerin plädierte sie für eine verstärkte Einbeziehung der Nord-Süd-Achse, die bisher meist nur im Rahmen der Entwicklungspolitik berücksichtigt würde. Europa müsse nicht weltweit aktiv werden, aber eine gute Nachbarschaftspolitik erfordere die Einbeziehung des wichtigsten Nachbarn im Süden. Die meisten gewalttätigen Auseinandersetzungen und Kriege fänden in Entwicklungsländern statt, eine Vielzahl davon in Afrika, wobei es selten Auseinandersetzungen im klassischen zwischenstaatlichen Sinne seien, sondern vielmehr innerstaatliche Konflikte mit unterschiedlichsten Ursachen. Eid wies darauf hin, dass Europa sich auch aus eigenem Interesse diesen Ländern zuwenden müsse, da die Konflikte zukünftig Rückwirkungen auf Europa haben werden bzw. dies bereits schon in Teilen der Fall sei. Hier wäre beispielsweise die Flüchtlingsproblematik anzusprechen. Dadurch würde deutlich, dass Europa über den klassischen, ressortbezogenen Sicherheitsbegriff hinaus zu einer umfassenden und ressortübergreifenden Definition von Sicherheit gelangen müsse. Eid betonte, dass einige Politikfelder im gemeinschaftlichen Kontext besser zu lösen seien als im nationalen Rahmen.

Insofern kritisierte sie den starken US-Bezug der Diskussion, wies aber, bezogen auf die transatlantischen Beziehungen darauf hin, dass es künftig immer wichtiger werde, auch mit den Vereinigten Staaten von Amerika den interkulturellen Dialog zu verstärken, da die vorhandene Wertebasis beginne, schwächer zu werden. Aus ihrer Sicht würden auf beiden Seiten des Atlantiks unterschiedliche Problemanalysen erstellt und daraus folgend unterschiedliche Lösungsvorschläge. Dieser Entwicklung müsse rechtzeitig entgegengewirkt werden, da Europa keine Außen-

und Sicherheitspolitik gegen, sondern nur mit den USA betreiben könne. Hier gelte es, das transatlantische Verhältnis wieder auf eine klare Wertebasis zu stellen.

Im Rahmen einer europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sprach auch Eid sich für eine modulare Strategie aus. Unterschiedliche Länder (wie beispielsweise Großbritannien, Frankreich, Italien, Spanien und auch Deutschland) verfolgten ebenso unterschiedliche politische Interessen. Hier könnte sich Deutschland verstärkt europäisch engagieren und seinen Vorteil nutzen, in

bestimmten Regionen der Welt relativ unbelastet zu sein, da ihm keine Eigeninteressen unterstellt werden könnten.

Eid forderte aber auch innerhalb der deutschen Politik und Bevölkerung eine offenere Diskussion gegenüber militärischen Fragen. Erst wenn in Deutschland über konkrete Beteiligungen der Bundeswehr eine ehrlichere Debatte erfolge, könne sie sich überhaupt eine politische und öffentliche Auseinandersetzung in Bezug auf eine europäische Armee vorstellen.



## Panel 3

### „Zum europäisch/transatlantischen Umgang mit neuen Macht- und Konfliktkonstellationen“

Das dritte und letzte Panel der Veranstaltung ging der Frage nach, wie die europäisch-transatlantischen Beziehungen mit den neuen Macht- und Konfliktkonstellationen umgehen sollten. Es diskutierten Prof. Eberhard Sandschneider, Prof. Walther Stützle und Gernot Erler, die Moderation übernahm Hubertus Heil.

Unter dem Eindruck der aktuellen weltpolitischen Ereignisse zeichneten sich schnell die drei wichtigsten Themen des Panels ab.

Zunächst sind als neue Mächte Indien und China zu nennen, die aufgrund ihrer Bevölkerungszahlen sowie ihrer rasant wachsenden Wirtschaftskraft und den daraus erwachsenden wirtschaftlichen Verflechtungen nicht nur regionale Machtverhältnisse neu strukturieren, sondern auch weltweit nach Einfluss streben. Insofern war auch dieses Panel von Egon Bahrs Thesen stark geprägt und baute auf den Ergebnissen der vorherigen zwei Gesprächsrunden auf.

Im Rahmen der Diskussion über neue Mächte stellte sich als zweites bestimmendes Thema der Konflikt mit dem Iran heraus, für dessen mögliche Lösung Europa einen anderen Ansatz verfolgt als die Vereinigten Staaten von Amerika. Hier wurde zweierlei deutlich: Zum einen emanzipiere sich Europa durch seine diplomatische Initiative von den USA, die wiederum durch das Zulassen des europäischen Verhandlungsprozesses ihren eigenen machtpolitischen Kurs verändert hätten.

Als dritter Punkt beeinflusste Energieversorgung und -sicherheit die Diskussion. Die Teilnehmer waren sich einig, dass die Frage der Energie eine Gemeinschaftsaufgabe Europas sein müsse und sich auf diese Weise nicht nur die Lösung dieser Problematik bewerkstelligen lasse, sondern dies gleichzeitig auch ein Meilenstein auf dem Weg zu einem einheitlichen politischen Akteur sei.

**Eberhard Sandschneider** sah als eigentliche Herausforderung des Westens neben den neuen Mächten in Asien auch die BRIC-Staaten an. Er betonte, dabei nicht nur auf die wirtschaftlichen Daten zu achten, sondern auch vor allem das politische Selbstbewusstsein dieser neuen Mächte stärker in den Focus zu rücken. Die transatlantische Gemeinschaft müsse zukünftig auf für sie unangenehme Weise lernen, mit erfolgreichen Autokratien umzugehen, die keine Gemeinsamkeiten mit dem europäischen und amerikanischen Wertesystem haben. Stattdessen besäßen diese Staaten ein vollkommen anderes Verständnis von politischer Ordnung. Gleichzeitig stärken sie aber auch ihr internationales Gewicht, wie beispielsweise am von China organisierten Afrika-Gipfel im Jahr 2006 deutlich wurde. Die Europäische Union dagegen habe seit dem Jahr 2000 keinen vergleichbaren Gipfel auf dem südlichen Kontinent organisiert.

Europa müsse erkennen, dass sich die Welt nicht mehr allein um die transatlantische Achse drehe. Deshalb dürfe nicht mehr in Schwarz-



Weiß-Bildern gedacht werden, sondern der globalisierten Welt entsprechend in Farbe. Die Globalisierung würde mit den technologischen Entwicklungen und Abläufen von gänzlich anderen Triebkräften bestimmt als dies für die transatlantischen Beziehungen der Fall war und ist. Nur wer als politische Macht mit diesen Triebkräften umgehen könne, sei im Vorteil.

Bezogen auf das Verhältnis zwischen den USA und Europa merkte Sandschneider an, dass die Europäische Union Fähigkeiten habe, die die Vereinigten Staaten von Amerika selbst nicht besitzen. Somit sei es verkehrt, Europa internationale Einflussnahme und Fähigkeiten abzuspochen, vielmehr sieht Sandschneider eine Komplementarität der transatlantischen Beziehungen. Während die USA in der Lage sind, jederzeit mit jedem Staat einen symmetrischen Konflikt zu beginnen, sei Europas Stärke, in der asymmetrischen Phase mit den Staaten weiterzuarbeiten. Die transatlantischen Beziehungen müssten daher vor allem von der Erkenntnis geprägt sein, dass auf beiden Seiten unterschiedliche Fähigkeiten existieren, die miteinander nicht im Widerspruch stehen, sondern – sinnvoll eingesetzt – sich ergänzen. Grundlage künftiger transatlantischer Beziehungen müsse daher eine gemeinsame Abstimmung im Umgang mit den jeweils vorliegenden Problemen sein. Voraussetzung für eine solche komplementäre Arbeitsteilung sei jedoch, dass Europa zu seinen grundsätzlichen Fähigkeiten stehe, mit einer Stimme spreche und die bisher teils mangelhafte Koordinierung innerhalb der EU überwinde.

Hinsichtlich der Frage nach einer europäischen Armee wies Sandschneider darauf hin, dass militärische Sicherheit schwer zu definieren sei. Dies sei auch in Bezug auf den Raketenabwehrschild zu beobachten, der vor 10 Jahren keine Konjunktur hatte, heute dagegen wieder auf der politischen Agenda stehe. Wenn Europa sich mit allem Pragmatismus, der dafür vonnöten sei, in die Lage versetzt sehen möchte, Gefährdungen sinnvoll zu begegnen, beinhalte dies mittel- und langfristig sicherlich auch eine militärische Komponente. Daneben sei es jedoch auch erforderlich, ein breites Spektrum anderer Fähigkeiten

bereitzuhalten, gerade im zivilen und asymmetrischen Bereich.

In Bezug auf die Energiesicherheit sah Sandschneider zwei betrachtenswerte Aspekte. Einerseits müsse die Energieversorgung generell, verbunden mit einem gnadenlosen Wettbewerb um knapper werdende Ressourcen, betrachtet werden. Andererseits würde aber auch die Energiesicherheit immer wichtiger. Als Beispiel führte Sandschneider hier die Lieferungen Russlands an, die aufgrund von bilateralen Streitfragen in anderen Regionen Deutschland nicht mehr erreicht hatten. In puncto Energiesicherheit sei die direkte Abhängigkeit sicher eine Seite der Medaille, die andere aber die große Verletzlichkeit von Pipelines durch terroristische Anschläge. Grundsätzlich würden im Rahmen der Energiesicherheit Herausforderungen erwachsen, die Europa wirtschaftlich, sicherheitspolitisch sowie generell politisch tangieren könnten. Sandschneider fand, die Debatte werde im Moment sehr aufgeregt geführt, aber immerhin geführt. Von konkreten Lösungen sei Europa aber noch weit entfernt.

**Walther Stütze** machte für zentrale Konflikte drei Akteurskategorien aus: staatliche und nichtstaatliche Akteure sowie internationale Organisationen. Hinsichtlich der neuen Mächte betonte er, dass der Blick nicht nur auf den traditionellen Rahmen zwischen den Staaten gerichtet werden dürfe, sondern zunehmend auch nichtstaatliche Akteure, wie der internationale Terrorismus, berücksichtigt werden müssten. Die gefährlichsten neuen Machtzentren seien die, die im Rahmen asymmetrischer Auseinandersetzungen versuchten, die westlichen Verfassungsordnungen auszuhebeln. Sowohl Europa als auch die USA müssten dieser Entwicklung einen Ordnungsrahmen entgegensetzen. Nur wenn es der demokratisch legitimierten Gewalt gelänge, die nicht legitimierte Gewalt zu kontrollieren, könne diese Machtausensetzung gewonnen werden. Stütze sprach sich daher für eine Renaissance des Rechts aus: Die Devise müsse sein, eine „Stärkung des Rechts zu erreichen, um das Recht des Stärkeren durchsetzen“ zu können. Hier knüpfte Stütze auch an die Aussagen *Walter Kolbows* an.

Stütze sah in den transatlantischen Beziehungen keinen Antiamerikanismus aufkommen. Grundsätzlich sei zwischen den USA an sich und der jeweiligen Administration zu unterscheiden. Derzeitige Kritik an der Politik richte sich daher an die Regierung Bush, nicht aber substantiell an die Vereinigten Staaten von Amerika. Das Interesse des Irans, die Kernenergie zivil zu nutzen, sei legitim. Stütze näherte sich dem Iran-Konflikt von einer Perspektive, die im Verlauf der Diskussion auch *Gernot Erler* aufgriff und vertiefte. Für Stütze lag die einzige dokumentierte Vertragsverletzung des Nichtverbreitungsvertrages bei den Atommächten selbst. Diese hatten sich in der Vergangenheit dazu verpflichtet, den atomaren Rüstungswettlauf einzustellen und Verhandlungen über eine vollständige Abrüstung aufzunehmen. Stütze wies weiter auf die Gefahr hin, dass es nach Ablauf der derzeit gültigen Verträge zwischen den USA und Russland über die Verminderung strategischer Atomwaffen keine vereinbarten Mechanismen mehr gebe, mit denen verifiziert und vernichtet werde. Dies bedeute, dass die über Jahrzehnte aufgebaute und vertraglich geregelte Rüstungskontrollpolitik innerhalb kürzester Zeit obsolet werden würde.

Hinsichtlich der Energiesicherheit führte Stütze aus, dass es für ihn unverständlich sei, wie die Mitgliedsstaaten der europäischen Union nach dem Studium der Energiebedarfszahlen nicht zu dem Schluss gekommen seien, dass auch die Energiepolitik eine Gemeinschaftspolitik werden müsse. Stütze merkte an, dass die EU nur dann auch ein politischer Akteur sein könne, wenn sie nicht in „unterschiedliche Energieversorgungsquadrat“ zerfalle. Für ihn sei es eine Krux, wenn die gemeinsame Agrarpolitik der Union mehr als die Hälfte des Haushaltes verschlinge, bei wirklich zentralen Zukunftsfragen, wie der Energiesicherheit jedoch ein Rückfall in „nationalstaatliches Gehabe“ erfolge. Ein europäisches Vorgehen auf dem Energiesektor sei dringend notwendig. Ein Defizit europäischer Integrationspolitik sei, dass die Verantwortlichen in Europa noch immer nicht dazu übergegangen seien, das Wichtige vom Unwichtigen zu trennen. Dann nämlich sei die Liste der drängenden

europäischen Themen kurz und Europapolitik wieder verständlich. Wichtige Bereiche seien neben Energie vor allem Handel, Währung, Außen- und Sicherheitspolitik sowie Verteidigungspolitik.

Europas Außen- und Sicherheitspolitik funktioniere viel besser als wahrgenommen, so **Gernot Erler**. Die von Europa entwickelten Prinzipien und Regeln der Außen- und Sicherheitspolitik seien in der gemeinsamen Sicherheitsstrategie vom Dezember 2003 niedergelegt. Jedoch sei es nicht nur beim Text geblieben, sondern vielmehr zu einer praxisorientierten Umsetzung gekommen. Erler war somit anderer Meinung als *Martin Schulz*, der zwar ebenso darauf hinwies, dass die existierenden Dokumente außen- und sicherheitspolitische Standpunkte beschrieben, eine operative Umsetzung jedoch neuer Formen bedürfe, die jedoch aufgrund des abgelehnten EU-Verfassungsentwurfes zunächst nicht umgesetzt werden könnten. Erler stellte dagegen nicht nur eine rege Nachfrage europäischer Kräfte, sondern auch europäischer Ansätze und Strategien im Rahmen der internationalen Friedenskonsolidierung fest. Dies habe damit zu tun, dass es bei der internationalen Konfliktlösung eine Tendenz weg von den bisherigen hin zu europäischen Akteuren gebe bzw. die Europäer zunehmend direkt gebeten würden, aktiv in Konflikte einzugreifen. Die Gründe hierfür seien vielfältig, zum Teil aber auch darin zu vermuten, dass innerhalb der Konfliktparteien niemand anderes als Europa akzeptiert werden würde, wie im Beispiel Kongo. Es sei festzustellen, dass die zivilen Fähigkeiten der europäischen Konfliktlösungen verstärkt abgefragt würden. Bereits heute herrsche eine Disbalance vor, da mehr zivile als militärische Eigenschaften der EU nachgefragt würden. Erler sah zukünftig durchaus die Gefahr eines „Overstretchings des europäischen Friedensmodells“ und es als Aufgabe der Politik an, darauf entsprechend zu antworten.

In Bezug auf die transatlantischen Beziehungen sah Erler keinen Anlass an Amerika zu zweifeln und zudem durchaus Möglichkeiten und Tendenzen, die Beziehungen nicht erst nach einem Wechsel der US-amerikanischen Adminis-

tration zu verbessern. Als Beispiel nannte er hier den von Deutschland, Frankreich und Großbritannien geführten europäischen Dialogprozess im Iran. Auf amerikanischer Seite sei eine Veränderungsbereitschaft in der eigenen Handlungsweise zu erkennen, da die USA dem europäisch-iranischen Verhandlungsprozess zugestimmt haben, nicht zuletzt sicherlich auch durch die Erfahrungen im Irak forciert. Des Weiteren habe der Einsatz der europäischen Politik letztlich auch die Wiederbelebung des Nahost-Quartetts forciert. Als dritten Punkt führte Erler an, dass unter Einbeziehung Syriens und des Irans auch für den Irak ein regionaler Ansatz gefunden werden solle. Anhand dieser drei Punkte sei festzustellen, dass Europa so ganz bedeutungs- oder chancenlos nicht sei, vor allem dann, wenn es gemeinsam auftritt.

Erler äußerte im Rahmen der Iran-Diskussion, dass Präsident Ahmadinedschad für seine Kampagne die Frustration der offiziellen Nichtatomstaaten nutze, ohne dabei die eigene Bevölkerung zu mobilisieren. Die Basis dafür bilde die Frage, was die offiziellen Nichtatomwaffenstaaten denken, wenn sich die Atomstaaten ohne jegliche Diskussion unter Berufung auf den Eigenschutz zur Aufrüstung entschließen würden. Zu dieser Aufrüstung zählte Erler auch den Raketenabwehrschirm. Die daraus resultierende Frustration der Nichtatomwaffenstaaten dürfe nicht unterschätzt werden. Nichtverbreitung könne jedoch nur dann funktionieren, so Erler, wenn sich wirklich alle glaubhaft an die Verpflichtungen halten würden. Der Versuch der Europäer, hier zu einer diplomatischen Lösung mit dem Iran zu gelangen, werde sowohl durch die Entscheidung der Atomwaffenstaaten als auch durch die Pläne der US-Raketenabwehr erschwert.



## Rede des Vorsitzenden der SPD, Kurt Beck

### **„Wir brauchen nicht mehr Raketen, sondern wir brauchen noch mehr Anstrengungen, um Vertrauen zu schaffen und Misstrauen abzubauen“**

Lieber, sehr verehrter Egon Bahr,  
Exzellenzen,  
meine Damen und Herren,

sie haben sich bereits den ganzen Tag mit großem Sachverstand mit der europäischen Außen- und Sicherheitspolitik befasst. Mein Dank gilt der Friedrich-Ebert-Stiftung und besonders Anke Fuchs, die diese Veranstaltung durchführt. Es ist wichtig, dass wir uns über das politische Tagesgeschäft hinaus, sehr grundsätzlich mit unserer Außen- und Sicherheitspolitik befassen.

Und egal, welchen Aspekt man bei diesem vielfältigen und facettenreichen Thema beleuchtet, stößt man immer wieder auf eine Person: Egon Bahr, der schon vor mehr als 40 Jahren viele Analysen vorweggenommen hat, wie man Lösungen bei internationalen Krisen finden kann.

Seine viel beachtete Rede, die er am 15. Juli 1963 in der Evangelischen Akademie Tutzing gehalten hat, war überschrieben mit „Wandel durch Annäherung“. Dieses Konzept kann gar nicht hoch genug bewertet werden. „Wandel durch Annäherung“ und die daraus resultierende Ostpolitik Willy Brandts haben die deutsche und europäische Wiedervereinigung erst möglich gemacht.

Damit wurden Gräben überwunden, die lange Zeit als unüberwindbar galten.

Wir als Sozialdemokraten sind stolz auf dieses Konzept und auf den Erfolg, den es für unseren Kontinent erbracht hat. Und wir sind stolz

darauf, dass ein so wegweisender Visionär wie Egon Bahr uns noch immer mit Rat und Tat zur Seite steht.

Egon, ich gratuliere Dir sehr herzlich zu Deinem 85. Geburtstag. Über alle Parteigrenzen hinweg, in Deutschland aber auch weltweit, hast Du Freunde und Bewunderer.

Das einstige bipolare System ist überwunden. Neue globale Player sind mit Macht auf die Bühne getreten. Diese neuen Mächte müssen wir zu Partnern machen. Denn die globalen Herausforderungen werden wir nur gemeinsam lösen können.

Natürlich sprechen wir mit China über Menschenrechtsfragen. Es war Gerhard Schröder, der den Rechtsstaatsdialog mit China entwickelt hat. Die Ebert-Stiftung leistet hierbei mit ihrem Menschenrechtsdialog einen zentralen Beitrag.

Und natürlich gibt z. B. das Thema Pressefreiheit ständig Gesprächsstoff zwischen uns und unseren russischen Partnern.

Manchmal sollte man aber auch berücksichtigen, was für eine Aufgabe es ist, solche Länder wie Russland und China zu transformieren. Ich habe großen Respekt vor dieser Aufgabe.

Daran aber, dass wir einen strategischen Dialog mit diesen Ländern brauchen, kann es keinen Zweifel geben. Denn ist offensichtlich, dass wir keines der drängenden internationalen Probleme lösen werden, wenn wir nicht alle relevanten Akteure einbeziehen.

Dies steht selbstverständlich nicht im Widerspruch zu unseren tiefen Bindungen mit unseren EU- und NATO-Partnern. Deutsche Außenpolitik spielt sich vor allem im europäischen Rahmen ab, und wir wollen die enge transatlantische Bindung. Sie ist das Fundament unserer Sicherheit.

Egon Bahr musste sich mit Gräben befassen, die unüberwindbar schienen. Aber auch heute – in dem noch jungen Jahrhundert – gibt es Gräben, die unüberwindbar erscheinen:

Vom „Kampf der Kulturen“ wird da geredet und gemeint ist, dass neue ethnische und religiöse Kriege bevorstehen könnten.

Und selbst ein überholter Begriff aus dem 20. Jahrhundert taucht wieder auf, wenn jüngst der Ausdruck „Kalter Krieg“ benutzt wurde.

Ohne Zweifel, wir sind mit neuen Bedrohungen konfrontiert:

- mit einem menschenverachtenden Terrorismus.
- mit fundamentalistischen Bewegungen, die sich weltweit ausbreiten.
- mit einer Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen, die die Gefahr vergrößern, dass auch nicht-staatliche Akteure in den Besitz solcher Waffen gelangen könnten
- mit Klimawandel, Umweltzerstörung und Ressourcenknappheit, die diese einstmals als „weiche Themen“ angesehene Phänomene nun zu einer „harten“ Sicherheitsfrage machen.
- mit einer globalen Armut, die für uns alle beschämend ist.
- mit zerfallenden Staaten, die ganze Regionen in Krisen stürzen können.

Diese Bedrohungen sind unübersehbar und sie fordern uns heraus.

Aber wir verfügen mit der EU, den Vereinten Nationen, den völkerrechtlichen Normen und Übereinkünften über Grundlagen und Instrumente, diesen Gefahren zu begegnen.

Diese Errungenschaften müssen verteidigt und wetterfest für das 21. Jahrhundert gemacht werden. Ich will 5 Punkte nennen:

1. Wir brauchen die Europäische Verfassung dringend. Die deutsche EU-Präsidentschaft wird im Sommer einen Vorschlag machen, wie wir den Verfassungsvertrag in seiner Substanz erhalten können.

Die institutionellen Reformen sind notwendig, um die EU bürgernäher, effizienter und demokratischer zu machen.

Und auch das will ich sagen, weil es oft in der Debatte vergessen wird: Die Europäische Verfassung stärkt die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auch gegen die europäischen Institutionen. Sie stärkt die Bürgerbeteiligung durch Elemente der direkten Demokratie. Wer könnte da etwas gegen haben?

Die genannten Aspekte bringen den amerikanischen Vordenker Jeremy Rifkin zu der Analyse, dass Europa das überzeugendste Modell für das 21. Jahrhundert darstellt. Ich glaube, dass Rifkin hiermit Recht hat und dass wir allen Grund haben, auf diese europäische Einigung stolz zu sein.

2. Wir brauchen den weiteren Ausbau der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), denn nur so wird Europa seinen Beitrag als internationale Friedensmacht effektiv einbringen können.

Europa hat einen spezifischen Umgang mit Konflikten: Die Bekämpfung von Armut, der Zugang zu Gesundheitsvorsorge und Bildung, die Förderung von Demokratie und Zivilgesellschaftlichkeit sind wichtige Bestandteile unseres Sicherheitskonzepts.

Es geht bei diesem Verständnis von Sicherheitspolitik um eine spürbare Verbesserung der individuellen menschlichen Sicherheit.

Das sind Aufgaben in Konfliktregionen wie Afghanistan, im Nahen Osten, in Afrika damit Menschen dort eine Perspektive haben. Selbstverständlich kann es Situationen geben, bei denen militärisches Eingreifen notwendig ist. Hier drücken wir uns nicht vor der verantwortlichen Prüfung in jedem Einzelfall, bei dem die internationale Gemeinschaft unsere Unterstützung wünscht. Die Einsätze, die unsere Soldatinnen und Soldaten weltweit leisten, sind wichtige Beiträge für Stabilisierung und Friedenserhaltung.

Aber wir wissen eben auch: Nur in Verbindung mit politischen, diplomatischen, ökonomischen und entwicklungspolitischen Maßnahmen kann ein militärisches Eingreifen erfolgreich sein. Gefordert ist immer ein poli-

tisches Gesamtkonzept zur Lösung von Konflikten!

3. Wenn wir die Vereinten Nationen nicht hätten, müssten sie erfunden werden.

Natürlich kann ich mir vorstellen, dass die Weltorganisation noch besser und effizienter arbeiten könnte. Aber die Strukturveränderung, die Reform der UNO ist Aufgabe aller Staaten. Sie ist noch nicht gelöst und bleibt auf dem Tisch. Zwar ist einiges erreicht worden – Stichwort: die Straffung der Menschenrechtsarbeit durch die Bildung des neuen UN-Menschenrechtsrats –, aber große Brocken liegen noch vor uns: die Reform des UN-Sicherheitsrates.

Es ist doch nicht von der Hand zu weisen, dass die jetzige Zusammensetzung der ständigen Sicherheitsratsmitglieder nicht mehr zeitgemäß ist.

Wie will man heute noch begründen, dass das Kriterium für einen ständigen Sitz im Sicherheitsrat der Besitz von Nuklearwaffen ist?

Für Deutschland ist klar, dass wir wie gewohnt konstruktiv und mit großem Engagement unseren Beitrag für die UNO leisten werden. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist die Durchsetzungen eines effektiven Multilateralismus im Rahmen der Vereinten Nationen zentral.

Wir haben darüber hinaus angeboten, zusätzliche Verpflichtungen z.B. im Sicherheitsrat zu übernehmen. Deutschland kann hier wichtige Erfahrungen einbringen:

- a) Wir haben uns für ein politisches Gesamtkonzept in Nahost eingesetzt und die Wiederbelebung des Nahost-Quartetts gefordert. Das Quartett hat seine Arbeit wieder aufgenommen.

- b) Wir haben uns unmittelbar nach der Regierungsübernahme 1998 für einen Schuldenerlass für die ärmsten Staaten eingesetzt. Das Thema Schuldenerlass steht auf der globalen Tagesordnung.

- c) Wir arbeiten im Rahmen der EU3 unermüdlich an einer diplomatischen Lösung für den Iran-Konflikt. Und auch wenn die Fälle

nicht vergleichbar sind: Das Beispiel Nordkorea zeigt, dass man mit Diplomatie etwas erreichen kann.

Deshalb will ich hier sagen: Der Wandel der amerikanischen Politik hin zu bilateralen Gesprächen, wirtschaftlichen Anreizen und Sicherheitsgarantien für Nordkorea kann auch im Fall Irans Wirkung zeigen. Dabei halten wir am gemeinsamen Ziel fest: Iran muss die Zweifel über sein Atomprogramm ausräumen. Konstruktive Angebote, wie die Krise gelöst werden kann, liegen vor.

Dies sind nur einige wenige Beispiele für substantielle Beiträge, die Deutschland für eine nachhaltige Konfliktprevention in die Debatte eingebracht hat.

4. Ein vierter Punkt, an welcher Stelle wir die Errungenschaften des 20. Jahrhunderts „wetterfest“ machen müssen ist das Völkerrecht.

- a. Mit der Charta der Vereinten Nationen ist es gelungen, klar zu definieren, unter welchen Bedingungen die internationale Gemeinschaft intervenieren darf. Dies ist in Kapitel VII der UN-Charta festgelegt. Wir werden keiner Aufweichung dieser Regelungen zustimmen. Unilaterale Entscheidungen oder Koalitionen von Willigen schaden dem UN-System.

- b. Mit dem Atomwaffensperrvertrag haben wir ein Regelwerk gegen die Weiterverbreitung dieser Massenvernichtungswaffen. Der Vertrag verpflichtet die Unterzeichner-Staaten, die keine Atomwaffen haben, keinen Besitz von Atomwaffen anzustreben und die Atommächte, ihre atomaren Arsenale abzubauen. Wir fordern die Umsetzung dieser Vertragsverpflichtungen.

Dabei gilt es, nicht Wasser zu predigen und Wein zu trinken: Nur wenn wir selber glaubhaft an Nichtverbreitung, Rüstungskontrolle und Abrüstung festhalten, sind wir bei entsprechenden Forderungen an Andere glaubwürdig.

Deshalb erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang einen Hinweis auf die aktuelle Diskussion, um den sogenannten Raketen-schild:



Wir müssen alles tun, um eine neue Rüstungsspirale zu verhindern. Die aktuelle Diskussion um das Raketenabwehrsystem zeigt aber, dass genau eine solche Gefahr droht. Das müssen wir ernst nehmen. Deshalb gehört das Thema in der EU und der NATO ganz oben auf die Tagesordnung. Und natürlich muss auch mit Russland intensiv hierüber gesprochen werden.

Es ist ein Irrglaube, dass mehr Waffen zu mehr Sicherheit führen. Wir brauchen nicht mehr Raketen, sondern wir brauchen noch mehr Anstrengungen, um Vertrauen zu schaffen und Misstrauen abzubauen. Hierin bin ich mir mit unserem Außenminister Frank-Walter Steinmeier einig, der am Wochenende den richtigen Hinweis gegeben hat, dass auch die Wahrung legitimer Sicherheitsinteressen nicht dazu führen darf, neues Misstrauen oder neue Unsicherheiten hervorzurufen.

5. Ein fünfter und abschließender Punkt, der mir im Hinblick auf das 21. Jahrhundert wichtig erscheint. Nach den Schrecken des 20. Jahrhunderts ist es gelungen, mit den

universellen Menschenrechten zu einer globalen Werteorientierung zu kommen. Diese Werte sind ein konkreter Handlungsauftrag und keine Vorlage für Sonntagsreden.

Deshalb dürfen wir nicht den leisesten Zweifel z. B. am absoluten Folterverbot aufkommen lassen. Auch und gerade beim Kampf gegen den Terror ist es wichtig, dass wir bei unseren Werten nicht wackeln.

Die Einhaltung unserer Werte verhindert nicht, dass wir die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um mit dieser Bedrohung umzugehen. Die Schaffung von rechtsfreien Räumen kann nie die Antwort auf Bedrohung sein. Hier waren wir immer klar und dies haben wir immer auch unseren Freunden und Partnern so gesagt.

Zu den Menschenrechten gehört auch, die Hoffnungslosigkeit und den globalen Hunger zu bekämpfen. Wir haben uns in Europa darauf verständigt, das lang geforderte 0,7%-Ziel umzusetzen. Dies ist eine große Kraftanstrengung und vielleicht müssen wir kreativer über neue Finanzierungsquellen für Entwicklungspolitik nachdenken.

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen der Menschheit. Er betrifft alle Menschen, zuerst und besonders diejenigen in Regionen, die schon heute mit massiven Problemen zu kämpfen haben. In Europa haben wir erst in den vergangenen Tagen wegweisende Beschlüsse gefasst, um den Klimawandel zu bekämpfen.

Globale Aufgaben bedürfen aber auch globaler Finanzierungsinstrumente.

Deshalb müssen die laufenden Diskussionen in die G8 getragen werden, und es besteht eine gute Chance, während der deutschen G8-Präsidentschaft dieses Thema voranzutreiben.

Globale Herausforderungen verlangen globale Antworten. Es kann nicht schaden, wenn Gruppen von Ländern wie die G8 es übernehmen, Entscheidungen vorzustrukturieren.

Heute müssen wir darüber nachdenken, wie wichtige globale Akteure wie z. B. Brasilien, China, Indien und Südafrika einbezogen werden können.

Wir reichen anderen Nationen und Völkern die Hand zur Kooperation. Wir lassen uns nicht in einen Kampf der Kulturen oder in einen neuen Kalten Krieg hineinreden.

Das 20. Jahrhundert hat nach all seinen Schrecken auch richtige Instrumente entwickelt, mit globalen Herausforderungen umzugehen. Wir müssen diese beherzt nutzen, um für unsere Kinder und Kindeskinde eine lebenswerte Welt zu hinterlassen.

Dies ist eine gemeinsame Aufgabe über Länder- und Parteigrenzen hinaus. Aber ich bin davon überzeugt, dass die Sozialdemokratie einen besonderen Beitrag hierfür leisten kann. An der Person Egon Bahr kann man dies ablesen.

Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.



## Biografische Hinweise

### **Rainer Arnold**

Geboren 1950 in Stuttgart. 1967-1970 Lehre als Fernmeldemonteur, 1970-1973 Fernmelderevisor, 1980-1998 EDV-Fachbereichsleiter und Leiter der Organisationsabteilung der Volkshochschule Stuttgart. 1981-1995 SPD-Kreisvorsitzender. 1980-1992 Stadtrat in Filderstadt, 1989-1994 Kreisrat im Kreis Esslingen, 1994-1998 Mitglied der Verbandsversammlung Region Stuttgart. 1995-1997 Mitglied im SPD-Landesvorstand Baden-Württemberg. Seit 1998 Mitglied des Deutschen Bundestages; seit 2002 verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, seit 2004 Mitglied im SPD-Fraktionsvorstand.

### **Prof. Egon Bahr**

Geboren 1922 in Treffurt/Werra. Nach 1945 Journalist bei verschiedenen Tageszeitungen und beim RIAS. 1960-1966 Leiter des Presse- und Informationsamtes des Berliner Senats unter Willy Brandt. 1966-1969 Leiter des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes und Botschafter z.B.V.; 1969-1974 Staatssekretär und Staatsminister im Kanzleramt. 1974-1976 Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, 1976-1981 Bundesgeschäftsführer der SPD, Mitglied des Präsidiums des Parteivorstandes. 1972-1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. 1982-1990 Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung und Rüstungskontrolle, 1984-1994 Direktor des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik.

### **Kurt Beck**

Geboren 1949 in Bad Bergzabern. 1963-1968 Ausbildung zum Elektro-Mechaniker, 1969-1972 berufliche Tätigkeit als Funkelektroniker, 1972-1985 Personalrats- und Bezirkspersonalratsvorsitzender. Seit 1972 Mitglied der SPD, seit 1979 Mitglied des Landtages Rheinland-Pfalz; 1989-1994 Ortsbürgermeister in Steinfeld, 1991-1994 Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion. Seit 1993 Vorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz, seit 1994 Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz. 1999-2002 Bevollmächtigter der Bundesrepublik Deutschland für kulturelle Angelegenheiten im Rahmen des Vertrages über die deutsch-französischen Zusammenarbeit. 2003-2006 Stellvertretender SPD-Vorsitzender, seit Mai 2006 Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

### **Dr. Uschi Eid**

Geboren am 1949 in Landau/Pfalz. Studium an der Universität Hohenheim sowie in den Niederlanden und den USA. Universitätsabschluss als Diplom-Haushaltswissenschaftlerin, Promotion zum Dr. rer. soc.; Wissenschaftliche Angestellte an der Universität Hohenheim, 1992-1994 entwicklungspolitische Tätigkeit in Eritrea/Horn von Afrika. 1985-1990 und seit 1994 Mitglied des Bundestages; 1998-2005 Parlamentarische Staatssekretärin bei der Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2001-2005 G8-Afrika-Beauftragte des Bundeskanzlers. Seit März 2004 Mitglied des Beratungsausschusses des Generalsekretärs der Vereinten Nationen zu Wasser und sanitärer Grundversorgung.

### **Gernot Erler**

Geboren 1944 in Meißen. 1963–1967 Studium der Geschichte, slawischen Sprachen und Politik an der FU Berlin und der Albert-Ludwigs-Universität in Freiburg, 1967 Staatsexamen. 1968–1969 Verlagsredakteur, 1969–1979 Wissenschaftlicher Assistent und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Seminar für osteuropäische Geschichte der Universität Freiburg; 1980–1987 Verlagsleiter in Freiburg. 1983–1997 Mitglied im Landesvorstand und 1985–1997 im Präsidium der SPD Baden-Württemberg. Seit 1987 Mitglied des Bundestages; seit 1994 Mitglied des SPD-Fraktionsvorstandes, 1998–2005 stellvertretender Fraktionsvorsitzender für Außenpolitik, Sicherheitspolitik, Menschenrechte, Entwicklungspolitik; 1994–1998 Vorsitzender des Unterausschusses für Abrüstung und Rüstungskontrolle; seit November 2005 Staatsminister beim Bundesminister des Auswärtigen.

### **Anke Fuchs**

Geboren 1937 in Hamburg. Studium der Rechtswissenschaften, Assessorexamen 1964 in Hamburg. 1956–1977 Bezirkssekretärin der IG Metall, Mitglied des Landesvorstandes der SPD in Hamburg, Mitglied der Hamburger Bürgerschaft, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall. 1977 beamtete Staatssekretärin im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung. 1979 Mitglied des SPD-Parteivorstands. 1980–2002 Mitglied des Deutschen Bundestages, 1980 Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, 1982 Bundesministerin für Jugend, Familie und Gesundheit. 1987–1991 Bundesgeschäftsführerin der SPD, seitdem auch Mitglied im Vorstand der Friedrich-Ebert-Stiftung und sodann Stellvertretende Vorsitzende. 1993–1998 Stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion. 1998–2002 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags. Seit 2003 Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung.

### **Dr. Wolfgang Gerhardt**

Geboren 1943 in Ulrichstein-Helpershain. Studium der Erziehungswissenschaften, Germanistik und Politik, 1970 Promotion zum Dr. phil., Leiter des Regionalbüros der Friedrich-Naumann-Stiftung in Hannover sowie Leiter der Inlandsabteilung in Bonn-Bad Godesberg. 1970–1978 zuerst persönlicher Referent des Hessischen Ministers des Innern, dann Leiter des Ministerbüros. Mit Unterbrechungen von 1978–1994 Mitglied des Landtages Hessen; 1987–1991 Minister für Wissenschaft und Kunst und zugleich Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund, April 1987–1991 stellvertretender Ministerpräsident. Seit 1994 Mitglied des Bundestages; 1998–2006 Vorsitzender der FDP-Fraktion. Seit Mai 2006 Vorstandsvorsitzender der Naumann-Stiftung.

### **Hubertus Heil**

Geboren 1972 in Hildesheim. 1988 Eintritt in die SPD, Vorsitzender des SPD-Stadtverbandes Peine, stellvertretender Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Peine und des SPD-Bezirks Braunschweig; Studium der Politikwissenschaft und Soziologie an der Universität Potsdam und der Fernuniversität Hagen; Mitarbeiter im Landtag Brandenburg, 1998 Mitarbeiter einer Bundestagsabgeordneten, seit 1998 Mitglied des Bundestages. Seit November 2005 Generalsekretär der SPD.

### **Walter Kolbow**

Geboren 1944 in Spittal/Drau (Österreich). Jurastudium an der Universität Würzburg und an der Verwaltungshochschule Speyer, 1970 erstes, 1974 zweites juristisches Staatsexamen. Ab 1975 Magistratsrat bei der Stadtverwaltung Frankfurt am Main, Persönlicher Referent des Stadtkämmerers bis 1978. 1978–1980 Forschungsauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Mitglied des Bundestages seit 1980; Mitglied des Vorstandes der SPD-Fraktion, verteidigungspolitischer Sprecher. 1992 Mitglied der deutschen Delegation zur Nordatlantischen Versammlung und zur Parlamentarischen Versammlung der OSZE; 1998–2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung, seit 2005 stellvertretender Vorsitzender der SPD-Fraktion.

### **Karl Lamers**

Geboren 1935 in Königswinter. Abitur 1956, Studium der Rechtswissenschaften und Politologie an den Universitäten Bonn und Köln, erstes Juristisches Examen 1964. 1966–1980 Leiter einer politischen Akademie. 1980–2002 Mitglied des Deutschen Bundestages: 1980–2002 Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, 1980–1990 Mitglied im Entwicklungspolitischen Ausschuss des Deutschen Bundestages. 1989–1990 Abrüstungspolitischer Sprecher, 1990–2002 Außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

### **Dr. Rolf Mützenich**

Geboren 1959 in Köln. 1979 Studium der Politikwissenschaft, Geschichte und Wirtschaftswissenschaft, 1990 Diplom, 1991 Promotion. Seit 1979 Mitarbeiter bei verschiedenen Mitgliedern des Bundestages. 1991–1993 und 1998–2001 Referatsleiter bei der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, 1993–1998 bei der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen; 2001–2002 Leiter des Präsidialbüros im Landtag Nordrhein-Westfalen, Ministerialrat. Seit 2002 Mitglied des Bundestages, seit 2004 abrüstungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

### **Prof. Dr. Eberhard Sandschneider**

Geboren 1955 in Ensheim/Saar. 1981 Abschluss des Studiums der Anglistik, Klassischen Philologie und Politikwissenschaft an der Universität des Saarlandes, Saarbrücken. 1986 Promotion, 1993 Habilitation. 1995–1998 Professor für Internationale Beziehungen an der Johannes-Gutenberg Universität Mainz, 1998 Professor für Politik Chinas und Internationale Beziehungen an der Freien Universität Berlin. 1999–2001 Geschäftsführender Direktor des Otto-Suhr-Instituts, 2001–2003 Dekan des Fachbereichs Politik und Sozialwissenschaften der Freien Universität. Seit 2003 Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstitutes der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik.

### **Christian Schmidt**

Geboren 1957 in Oberzenn im Landkreis Neustadt an der Aisch–Bad Windsheim. 1977–1982 Studium der Rechtswissenschaften in Erlangen und Lausanne, 1985 zweites juristisches Staatsexamen, danach tätig als Rechtsanwalt mit dem Schwerpunkt Arbeits- und Wettbewerbsrecht. 1984–1990 Gemeinde- und Kreisrat, seit 1990 Mitglied des Deutschen Bundestages. Bis 2002 außen- und sicherheitspolitischer Sprecher der CSU-Landesgruppe und Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, 2002–2005 verteidigungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Mitglied im Verteidigungsausschuss und stellvertretendes Mitglied im Auswärtigen Ausschuss. Seit November 2005 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister der Verteidigung.

### **Martin Schulz**

Geboren 1955 in Eschweiler. 1975–1977 Ausbildung zum Buchhändler, 1977–1982 Tätigkeit als Buchhändler für div. Verlage und Buchhandlungen. 1982–1994 Gründung und Betrieb der eigenen Buchhandlung in Würselen. 1984–1998 Stadtratsmitglied im Rat der Stadt Würselen, 1987–1998 Bürgermeister der Stadt Würselen. Seit 1994 Mitglied des Europäischen Parlaments, seit 2001 Mitglied des SPD-Parteivorstandes und Mitglied des Parteipräsidiums. 2000–2004 Vorsitzender der SPD-Gruppe im Europäischen Parlament. 2002–2004 Stellvertretender Vorsitzender der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, seit 2004 Vorsitzender der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament

### **Prof. Dr. Walther Stütze**

Geboren 1941. 1962–1966 Studium der Politikwissenschaft, 1972 Promotion an der Freien Universität Berlin. 1969–1982 Mitglied des Planungsstabes des Bundesministers der Verteidigung Helmut Schmidt, darauf persönlicher Referent und Leiter des Ministerbüros von Bundesminister Georg Leber: 1970–1972 Sekretär der Wehrstrukturkommission der Bundesregierung; 1977–1982 Leitung des Planungsstabes des Bundesverteidigungsministeriums. 1986–1991 Direktor des Stockholm International Peace Research Institute (SIPRI). 1991–1998: Der Tagesspiegel, Chefredakteur und designierter Herausgeber. 1998–2002: Staatssekretär des Bundesministeriums der Verteidigung. 2000–2002 stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der bundeswehreigenen Gesellschaft für Entwicklung, Beschaffung und Betrieb mbH (GEBB). Seit 2004 Senior Distinguished Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik sowie Lehrbeauftragter und Honorarprofessor an der Universität Potsdam.

### **Jürgen Trittin**

Geboren 1954 in Bremen. Studium der Sozialwissenschaften in Göttingen. Seit 1980 Mitglied der Grünen. 1985–1990 und 1994–1995 Mitglied des Landtages von Niedersachsen, Vorsitzender der Fraktion Die Grünen. 1990–1994 Niedersächsischer Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Mitglied des Bundesrates. 1994–1998 Sprecher des Bundesvorstandes von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Seit 1998 Mitglied des Bundestages, 1998–2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Konferenz

## Europas Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert

19. März 2007

Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

**FRIEDRICH  
EBERT  
STIFTUNG**



EINLADUNG

### Hintergrund

Die Welt rückt zu Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend zusammen und erlebt tiefgreifende politische, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Umbrüche. Der Aufstieg neuer Mächte und neue Konfliktstrukturen stellen etablierte Ordnungssysteme wie die Vereinten Nationen und die NATO vor grundlegende Fragen.

In dieser von vielfältiger Unsicherheit gekennzeichneten Lage kann Europa nicht autark als Insel des Wohlstands und des Friedens bestehen. Es muss sich globalen Sicherheitsfragen stellen und die Weiterentwicklung der internationalen Ordnung mitgestalten.

Europa feiert am 25. März den 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge. In den fünf Jahrzehnten ihrer Geschichte hat die EU auf historisch einzigartige Weise dazu beigetragen, Kriege und Grenzen in Europa zu überwinden. Die außen- und sicherheitspolitischen Herausforderungen, vor denen das Frie-

densprojekt Europa heute steht, reichen jedoch weit über den Kontinent hinaus und können nur gemeinsam mit Partnern – insbesondere mit den USA – bewältigt werden.

Im Zeichen der deutschen Doppelpräsidentschaft von Europäischer Union und G8 stellt sich die Konferenz am 19. März der Frage, welchen Beitrag Deutschland in Europa zur Bewältigung der zentralen Herausforderungen europäischer Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert leisten kann.

Im Mittelpunkt der Diskussionen werden drei Themen stehen:

- Multilateralismus, Multipolarität und Unilateralismus: Wohin steuert die Welt im 21. Jahrhundert?
- Europa auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur
- Zum europäisch/transatlantischen Umgang mit neuen Macht- und Konfliktkonstellationen

### PROGRAMM DER KONFERENZ

„Europas Außen- und Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert“  
19. März 2007, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin

- 10.00 Uhr Begrüßung: *Anke Fuchs*, Vorsitzende der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 10.15 Uhr Thesen: *Prof. Egon Bahr*, Bundesminister a.D.
- 10.50 Uhr Panel 1:  
**„Multilateralismus, Multipolarität und Unilateralismus: Wohin steuert die Welt im 21. Jahrhundert?“**  
*Walter Kolbow, MdB*, Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion  
*Christian Schmidt, MdB*, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Verteidigung  
*Jürgen Trittin, MdB*, Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion  
*Dr. Wolfgang Gerhardt, MdB*, FDP-Bundestagsfraktion  
Moderation: *Dr. Rolf Mützenich, MdB*, SPD-Bundestagsfraktion
- 12.30 Uhr Mittagspause
- 14.00 Uhr Panel 2:  
**„Europa auf dem Weg zu einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur“**  
*Martin Schulz, MdEP*, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament  
*Karl Lamers*, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
*Dr. Uschi Eid, MdB*, Bündnis 90/Die Grünen-Bundestagsfraktion  
Moderation: *Rainer Arnold, MdB*, Verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- 15.30 Uhr Kaffeepause
- 16.00 Uhr Panel 3:  
**„Zum europäisch/transatlantischen Umgang mit neuen Macht- und Konfliktkonstellationen“**  
*Gernot Erler*, Staatsminister im Auswärtigen Amt  
*Prof. Dr. Walther Stützle*, Senior Distinguished Fellow, Stiftung Wissenschaft und Politik  
*Prof. Dr. Eberhard Sandschneider*, Otto-Wolff-Direktor des Forschungsinstitutes der DGAP  
Moderation: *Hubertus Heil, MdB*, Generalsekretär der SPD
- 17.30 Uhr Schlusswort: *Kurt Beck*, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz, Vorsitzender der SPD
- 18.00 Uhr Ende der Veranstaltung, anschließend Empfang







ISBN: 978-3-89892-